

»Wie wählen wir am besten?« Wahlen und Wahlkämpfe in Hamburg in der Phase der Transformation vom Kaiserreich zur Weimarer Republik (Januar 1919 bis Juni 1920)

Frank Omland

1. Abstract

Der Beitrag geht anhand der ersten drei demokratischen Wahlen nach der Novemberrevolution (Nationalversammlung 19.1.1919, Bürgerschaft 16.3.1919, Reichstag 6.6.1920) Fragen zum Wahlkampf, den beteiligten Parteien und dem Abstimmungsverhalten der Wahlberechtigten nach. Im ersten Teil wird mit Fokus auf die bürgerlichen Parteien der Verlauf des Wahlkampfes 1919 nachgezeichnet. Im zweiten Teil folgte eine wahlstatistische Analyse aller Ergebnisse in den Stimmbezirken unter besonderer Berücksichtigung der Soldaten und der Frauen. Danach errang die SPD 1919 eine überwältigende Mehrheit auf der Ebene der Wahllokale, während die Liberalen die rechten bürgerlichen Parteien dominierten und diese in Hamburg marginalisierten. Die relative Wahlniederlage von SPD und DDP 1920 beruhte darauf, dass die SPD-Stimmen an die USPD und – deutlich stärker – ans Nichtwählerlager abgab, und die Liberalen hohe Verluste zugunsten von DVP und DNVP hinnehmen mussten. Dabei kam es zu keinen nennenswerten Wählerwanderungen zwischen den bürgerlichen Parteien und den Arbeiterparteien. Die Analyse der Wahlergebnisse von 1919 auf 1920 belegt eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Stadt Hamburg von der »sozialliberalen« demokratischen »Mitte« in Richtung der rechten Bürgerlichen und der linken USPD.

2. Einleitung

»Wie wählen wir am besten?«¹ so lautete das Thema einer Wählerversammlung der Deutschen Demokratischen Partei im Veddelhof am Montag, den 6. Januar 1919,

1 Anzeige der DDP im Hamburger Fremdenblatt (HF) vom 4.1.1919, Abendausgabe.

inmitten der heißen Wahlkampfphase für die verfassungsgebende Nationalversammlung. Diese Frage dürften sich im übertragenen Sinne nicht nur die Parteien, sondern auch die bisherigen und die neuen Wahlberechtigten Hamburgs gestellt haben. Um Antworten auf diese Frage zu erhalten, werden die Ergebnisse der ersten drei demokratischen Wahlen nach der Novemberrevolution, d.h. der Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919, der Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 16. März und der Wahlen zum ersten Reichstag am 6. Juni 1920 analysiert.² Die erstmalige Kartierung der parteipolitischen Landschaft anhand der Wahlkämpfe und der Wahlanalysen zeichnet – auch in geschlechterdifferenzierter Hinsicht – die Erstformierung des Wähler:innenverhaltens für Januar 1919 ab, um sie mit den folgenden zwei Wahlen im März 1919 und Juni 1919 zu vergleichen und hinsichtlich kurzfristiger Veränderungen und Schwankungen zu analysieren. Dabei werden stets die Ebenen – Bürgerschafts- und Reichstagswahlen – unterschieden. Der Blick auf die Ausformung der parteipolitischen Landschaft in Hamburg im Frühjahr 1919 lässt eine neue Folgeinschätzung des revolutionären Umsturzes in Hamburg auf die Ausgestaltung und auf die Veränderungen der klassischen politischen Parteienlandschaft in Weimar zu. Der Darstellung des Wahlkampfes im Jahre 1919 im ersten Teil meines Beitrags, der den Fokus auf die bürgerlichen Parteien legt, folgen im zweiten Teil eine wahlstatistische Analyse der Wahlergebnisse zur Nationalversammlung wie zu den beiden folgenden Wahlen, im dritten Teil ein kurzes Fazit und ein Forschungsausblick.

3. »Demokratie oder Diktatur oder ...«: Unterschiedliche Erwartungen und Sichtweisen auf die Novemberrevolution

Die Novemberrevolution 1918 und die nachfolgenden Ereignisse dürften seitens der Mehrheit der Bürgerlichen in Hamburg als eine Mischung aus Putsch, Staatsstreich und illegaler Machtübernahme von SPD, USPD und Linksradikalen erlebt worden sein.³ Dagegen empfand die Arbeiterschaft die Tage als das Abschütteln eines sie unterdrückenden Systems, denn vor 1918 waren ihnen wichtige Rechte vorenthalten worden, sei es der Zugang zu staatlichen Ämtern oder auch die gleichberechtigte Teilnahme an den Wahlen zum Hamburger Parlament. Zudem mussten sie unter dem kaiserzeitlichen Militarismus leiden, galten als Reichsfeinde, »vaterlandslose Gesellen« und wurden aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen. Die Gegensätze spiegeln sich auch in verschiedenen Stellungnahmen zur Revolution wider. So konstatierte Paul Fröhlich am 6.

2 Zur wahlstatistischen Detailanalyse siehe Omland, Frank: »Wahlen und Wählerwanderungen in Hamburg zu Beginn der Weimarer Republik. Eine statistische Analyse der ersten drei demokratischen Urnengänge 1919/20«. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte (ZHG) 105 (2019), S. 57–88.

3 HF, Morgenausgabe vom 15.11.1918 »Soziale Demokratie oder sozialistische Diktatur«. Vgl. dazu das Beispiel aus der Elbregion bei Omland, Frank: »Diktatur des Proletariats oder Volksherrschaft. Die ersten demokratischen Wahlen in Blankenese und Dockenhuden«, in: Förderkreis Historisches Blankenese e.V. (Hg.): Blankenese 1918. Verstörung – Revolution – Nachwirkung, Hamburg 2018, S. 76–87.

November 1918 in der »Roten Fahne«: »Hamburg, die alte Hochburg der Sozialdemokratie, ist im Besitz des revolutionären Proletariats. Von seinen Zinnen wehen die roten Fahnen...«. ⁴ Der Kommentator des liberalen Hamburger Fremdenblattes meinte Mitte November hingegen lapidar:

Selbstverständlich haben wir den Staatsstreich. Der Reichstag ist gewesen. Die alten Parteien sind dahin. Es fragt sich nun, ob die neue Gewalt eine neue demokratische Regierung des gesamten Volkes deutscher Zunge erstrebt oder ob sie die Diktatur einer Parteigruppe ausüben will, eine Diktatur, die nur durch die Verewigung des Regiments der Maschinengewehre möglich wäre. ⁵

Und Ende November hieß es unter der Überschrift »Demokratie oder Diktatur oder...« im Hamburger Echo, der Zeitung der Mehrheitssozialdemokratie:

Gewiß! Wir wollen ehrlich sein: die Revolution ist uns in den Schoß gefallen. Wir haben immer darauf hingearbeitet, aber wir glaubten kaum mehr daran. [...] Die Revolution gab der Arbeiterklasse die politische Macht über die Kapitalisten. Und sie werden sie ausnutzen. Ohne rachsüchtigen Machtkitzel, aber auch ohne jede Sentimentalität. [...] Die Nationalversammlung, die kommt, wird eine sozialistische sein. Aber bis sie kommt, darf nicht gerastet werden. ⁶

Diese Positionen stehen exemplarisch für die Sichtweise des Bürgertums und der beiden sozialdemokratischen Arbeiterparteien auf die Revolution und das untergehende Kaiserreich. Mit Ausnahme von Teilen der Unabhängigen Sozialdemokratie und der radikalen Linkssozialisten stimmte die Mehrheit der Delegierten des Reichsrätekongress, der vom 16.-21.12.1918 in Berlin tagte, für allgemeine Wahlen. Die allgemeinen und freien Wahlen zu einer Nationalversammlung sollten den Übergang der Macht zu einer demokratisch legitimierten Regierung bilden; das Wahlrecht des Kaiserreiches, das nur Männern ab 25 Jahren, die zudem nicht von der Armenunterstützung abhängig waren, gewährt wurde, war nach den Beschlüssen des Rates der Volksbeauftragten vom November 1918 obsolet. Das Wahlalter wurde auf 20 Jahre festgesetzt und das Wahlrecht wurde auf die Frauen ausgedehnt. Das Wahlergebnis bestimmte sich nach dem Verhältniswahlrecht. ⁷ Zur Wahl standen die Kandidat:innen der zu den Wahlen zugelassenen Parteien.

4 Rote Fahne vom 6.11.1918, Die Revolution in Hamburg. Zitiert nach: Stalman, Volker (Bearb.) unter Mitwirkung von Stehling, Jutta: Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19, Düsseldorf 2013, S. 131.

5 HF vom 12.11.1918, »Wer regiert?« (Zur Situation in der Reichshauptstadt Berlin).

6 Hamburger Echo (HE), Sonntagsausgabe vom 24.11.1918, »Demokratie oder Diktatur oder...«.

7 § 1, Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918. In: Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, Nr.7, Hamburg 1919, S. 4.

4. Die Konstituierung der Parteien. Alles wie früher!? Nichts so wie früher?!

Die Parteien, die sich für die Wahlen der Abgeordneten der zukünftigen Weimarer Republik bzw. der Hamburger Bürgerschaft zur Wahl stellten, knüpften an politische Einstellungen, an Grundhaltungen von Wählerschaften und an Inhalte der Wahlprogramme ihrer Vorgängerparteien aus dem Kaiserreich an. Keine der bürgerlichen Parteien aus dem Kaiserreich formierte sich in der Transformation zur Demokratie 1918 neu, indem sie nur den Namen veränderte; die Konstituierung der Parteien des bürgerlichen Spektrums war besonders von Auseinandersetzungen um Inhalte und Personen geprägt.⁸ Das galt allerdings auch für die Parteien des anderen Lagers. Die politische Arbeiterbewegung war weiterhin in Mehrheitssozialdemokratie (SPD) und die Minderheit der Unabhängigen (USPD) gespalten. Bis 1921 kehrten die gemäßigten Unabhängigen zur SPD zurück, während die Mehrheit der Hamburger USPD ihrem am 11. Mai 1919 gewählten Vorsitzenden Ernst Thälmann auf dem Weg in die neugegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) folgte.⁹

Auf Seiten der Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei sowie der parteiungebundenen Demokraten fanden auf Reichsebene intensive Verhandlungen zwischen den Vorständen über eine neuzugründende bürgerlich republikanische Partei statt.¹⁰ Die Neugründung entsprach dem Wunsch vieler ihrer Wähler:innen nach einer geeinten bürgerlichen Partei. Dieser spiegelt sich in einem Leserbrief aus Blankenese, seit 1866 preußisch und seit 1927 Vorort des preußischen Groß-Altona wider: »Löschst aus: Konservatismus, Zentrum und Liberalismus! Rückt aus im gleichen grauen Kleid bürgerlicher Werkstätigkeit mit Kopf und Hand! Es gilt die ›Deutsche Bürgerpartei‹ zu begründen! Bürger heraus!«¹¹ Doch diese Hoffnungen wurden enttäuscht, und es bildeten sich zwei eigenständige liberale Parteien.¹² In Hamburg gründete sich als erste die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP), wobei die Mitglieder der Hamburger DDP zum linken Flügel der Gesamtpartei gehörten.

8 Vgl. dazu die prägnante Zusammenfassung zu Milieus und Parteienlagern bei Longerich, Peter: Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Hannover 1995, S. 189 ff; Vgl auch die Diskussion bei Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933, Bonn 2010, S. 65-104.

9 Für Hamburg siehe Büttner, Ursula: Politischer Neubeginn in schwieriger Zeit. Wahl und Arbeit der ersten demokratischen Bürgerschaft Hamburgs 1919-21. Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, Hamburg 1994, S. 22-30. Zur KPD vgl. Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1. Die Weimarer Zeit. Berlin 1999, S. 36.

10 HF, Morgen vom 15.11.1918, »Gründung einer bürgerlich-republikanischen Partei«; HF, Morgen vom 17.11.1918, Titelseite »Die große demokratische Partei« (DDP); HF, Morgen vom 5.12.1918, »Deutsche demokratische Partei. Eintritt der deutschen Volkspartei«; HF, Morgen vom 16.11.1918, »Aufruf zur Gründung einer republikanisch-demokratischen Partei«. Vgl. zu dieser Entwicklung auch Albertin, Lothar: Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1932, Düsseldorf 1980, S. XI-XII; Richter, Ludwig: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933, Düsseldorf 2002, S. 38-42.

11 Norddeutsche Nachrichten (NN) vom 21.11.1918, Eingesandt [=Leserbriefseiten, FO].

12 HF, Abend vom 22.11.1918, »Deutsche demokratische Partei«; HF, Morgen vom 29.11.1918, »Verschmelzung der Fortschrittlichen Volkspartei mit der Deutschen demokratischen Partei«; HF, Abend vom Samstag, 30.11.1918, »Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei«.

Die Hamburger DDP konnte auf einen gut ausgebauten Parteiapparat und auf die Unterstützung der liberalen Presse setzen. Er grenzte sich ausdrücklich vom »Radikalismus von links und rechts« ab.¹³ Zu ihren Mitgliedern zählten Akademiker, Studenten, Intellektuelle und mittlere und untere Beamte sowie Angestellte. Ihre schärfste Konkurrentin, die aus den Nationalliberalen hervorgegangene Deutsche Volkspartei (DVP), wurde hingegen vom Großbürgertum und Unternehmern im Handel, der Schifffahrt und des Bankwesens unterstützt.¹⁴ Noch weiter rechts positionierte sich im Deutschen Reich die Deutschnationale Volkspartei (DNVP). Hier rangen die konservative Oberschicht, Monarchisten und Antisemiten um die Meinungsführerschaft, wobei in Hamburg die antisemitischen Positionen dominierten. Parteigänger waren Angehörige des alten Mittelstands, Industrielle und rechte Republikgegner unter den Akademikern.¹⁵ Unter diesen drei Parteien des bürgerlichen Blocks, der DDP, der DVP und der DNVP, wurde 1918/19 ein Machtkampf um die Meinungsführerschaft im bürgerlichen Lager ausgefochten. Anfangs konnte die DDP eine Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Als liberale bürgerliche Sammlungspartei kam sie dem Wunsch eines Großteils des Bürgertums nach Einigkeit und Stärke gegenüber der Sozialdemokratie entgegen, und sie stand für die Überwindung der einstigen Spaltung des Liberalismus in fortschrittliche Volkspartei und Nationalliberale.

5. Der Hamburger Wahlkampf zur Nationalversammlung 1919

Für den ersten demokratischen Wahlkampf lassen sich drei Phasen unterscheiden:

- erstens die Phase der Offenheit vor dem offiziellen Beschluss, ob und wann es Wahlen zur Nationalversammlung geben würde,
- zweitens die »heiße« Wahlkampfphase nach Bekanntgabe des Wahltermins,
- und drittens die Phase der Wählermobilisierung am Wahltag selbst.

Die erste Phase ist charakterisiert durch eine Stimmung der Unsicherheit und Unbestimmtheit, die bis zur Festsetzung des genauen Wahltermins andauerte.¹⁶ Obwohl diese Phase auch dadurch geprägt war, dass in Teilen des Bürgertums Befürchtungen darüber geäußert wurden, ob überhaupt freie Wahlen abgehalten werden würden oder nicht, setzte bereits Mitte November eine Art Vorwahlkampf ein. In dessen Verlauf riefen sowohl die Linksliberalen als auch die Nationalliberalen jeweils zum Eintritt in ihre

13 Büttner (1994): Politischer Neubeginn, Flugblatt auf S. 85; dies.: Vereinigte Liberale und deutsche Demokraten in Hamburg 1906-1930, in: ZHG 63 (1977), S. 15-17.

14 Büttner (1994): Politischer Neubeginn, S. 37.

15 Behrens, Reinhard: Die Deutschnationalen in Hamburg 1918-1933, Hamburg 1973, S. 72-80.

16 Es wurden verschiedene Wahltermine diskutiert. Vgl. HF vom Sonntag, 17.11.1918: »Die Nationalversammlung« [hier mit Termin 2.2.1919, FO]; HF, Morgenausgabe vom 19.11.1918, »Der Zeitpunkt der Wahlen zur Nationalversammlung noch unbestimmt«; HF, Morgenausgabe vom 30.11.1918, »Die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 16. Februar anberaumt«.

Organisation auf und initiierten Sammlungen von Mitgliedsbeiträgen und Spenden für den kommenden Wahlkampf.¹⁷ So hieß es in Hamburg:

Die National-Liberalen Hamburgs erkennen unbeschadet der monarchischen Gesinnung des Einzelnen die deutsche Republik als gegebene Tatsache an und sind gewillt, auf dem Boden der künftigen republikanischen Verfassung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Neuaufbau Groß-Deutschlands alle Kräfte einzusetzen.¹⁸

Die DDP appellierte an die »Wähler und Wählerinnen« mit einer Anzeige:

In eure Hand ist eures Volkes Schicksal gelegt. Wer mit uns eintritt für eine demokratische Republik, für volle politische Gleichberechtigung, für die Abwehr jeder Gewaltherrschaft, für den Wiederaufbau des einigen deutschen Vaterlandes in freiheitlichem Geiste zu wirtschaftlicher und kultureller Größe, der stimme für die Deutsche demokratische Partei.¹⁹

Ende November gründete sich mit der »Deutschnationalen Volkspartei« die reaktionäre Alternative. Sie warb für die Monarchie, die Einheit Deutschlands, die christliche Gesinnung und die Volkserziehung. Sie wollte die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten und sprach sich – eine deutliche Gegenposition zu dem sozialistischen Lager – gegen Verstaatlichungen aus.²⁰ Zeitgleich kämpften die Unabhängigen Sozialdemokraten mit zwei Problemen. Zunächst galt es, eine stabile Parteioorganisation auf- und auszubauen und an zweiter Stelle folgte die Aufgabe, einen Ausgleich zwischen den innerparteilichen Flügeln – dem linken Flügel mit seiner radikalen Kritik an der rechten SPD und dem kompromissbereiten Lager, das eine Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Parteien in dem neuen Staat befürwortete – zu finden.²¹ Inhaltlich sprach man sich für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die Beseitigung des Boden- und Mietwuchers und die Stärkung der Rechte der Arbeitnehmer:innen aus. Die USPD votierte zudem für einen möglichst späten Wahltermin, um noch einen Teil der fortschrittlichen Forderungen der Revolution für die Arbeiterschaft abzusichern. Doch stellte die Partei Anfang Dezember 1918 resignierend fest: »Es sei eben eine nicht abzuleugnende Tatsache, daß noch die große Masse der Arbeiterschaft hinter der alten Sozialdemokratischen Partei steht.«²² Aus ihrer Position der Stärke rief die Hamburger SPD mit fast gleichlautenden Forderungen zur Einigkeit der Arbeiterschaft auf in

17 HF, Abend vom 13.11.1918, Anzeige »Fortschrittlich Gesinnte in Stadt und Land«; HF, Abend vom 14.11.1918, Anzeige »Männer und Frauen Hamburgs!«; HF, Morgen vom 16.11.1918, »Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei«.

18 HF, Morgen vom 22.11.1918, »Nationalliberaler Landesverband Hamburg«; HF, Abend vom 22.11.1918, »Neubildung der politischen Parteien«.

19 HF, Abend vom 16.11.1918, »Wahlauf Ruf für die Deutsche Demokratische Partei«.

20 HF, Abend vom 26.11.1918, »Eine Einigung der rechtsstehenden Parteien in Hamburg?«; HF, Abend vom 30.11.1918, Samstag, »Aufruf«.

21 Hamburger Volkszeitung (HVZ), Beilage vom 5.1.1919, »Geld und nochmals Geld«.

22 HF, Morgen vom 5.12.1918, »Volksversammlung der Unabhängigen«, (4000 Personen, Hamburg, Gewerkschaftshaus); zu den Inhalten siehe HF, Abend vom 26.11.1918, »Die Revolution der Arbeiter und Soldaten« (Kaiserhof, Dr. Herz, USP).

der Hoffnung, am Wahltag mit einem erfolgreichen Ergebnis die Unabhängigen an den Rand drängen zu können.²³

Obwohl der Reichsrätekongress in Berlin erst Mitte Dezember 1918 den Wahltermin auf den 19. Januar 1919 festlegte,²⁴ traten die Hamburger Parteien schon in der letzten Novemberwoche in die heiße Phase des Wahlkampfes ein. Sie veranstalteten öffentliche Wahlversammlungen, interne Mitgliederschulungen und boten staats- und bildungspolitische Veranstaltungen²⁵ für ausgewählte Bevölkerungsgruppen, insbesondere Kaufleute, Gewerbetreibende, Angestellte oder junge Erstwähler:innen an.²⁶ Die Parteien traten mit einem besonders gezielten Programm auf, um die größte und damit wahlentscheidende Gruppe unter den Wahlberechtigten, die Frauen, anzusprechen. In den letzten sechs Wochen des Jahres 1918 führten die drei bürgerlichen Parteien allein fast 100 Veranstaltungen durch. Sie gaben sich in größeren Sälen die Klinke in die Hand, sei es im Curiohaus, dem Conventgarten, bei Sagebiel oder im Patriotischen Gebäude. Von den Veranstaltungen entfielen ein Viertel auf Versammlungen, die sich ausschließlich an Frauen wandten. Führend waren dabei die Linksliberalen der DDP mit 38 Veranstaltungen, gefolgt von den rechten Bürgerlichen der DVP mit 26 und – abgeschlagen –, die reaktionären konservativen Deutschnationalen mit neun.²⁷ Unterstützung erhielten alle bürgerlichen Parteien direkt und indirekt durch die Presse: So trat das Fremdenblatt schon fast als liberale Parteizeitung der DDP auf.²⁸ Die »Neue Hamburger Zeitung« (NHZ) positionierte sich DVP-nah, während die Hamburger Nachrichten offener für die Deutschnationalen und die rechten Bürgerlichen eintraten.

Zu Beginn des Jahres 1919, also ca. zweieinhalb Wochen vor den Wahlen zur Nationalversammlung, nahm die Propaganda, wie sich anhand einer Auswertung der Wahlwerbeanzeigen deutlich ablesen lässt, noch einmal zu. Dabei fällt auf, dass, gemessen an der Anzahl der tatsächlich durchgeführten Veranstaltungen, die rechten Parteien deutlich mehr Werbung schalteten als die Liberalen. An der Spitze lagen die rechten Bürgerlichen der DVP mit 690 Anzeigen vor der liberalen DDP mit 642; weit dahinter liegt die DNVP mit 339 und – wenig überraschend – abgeschlagen das katholische

23 HE, Abendausgabe vom 15.1.1919, »Die deutsche Republik soll eine sozialistische sein!«

24 Voß, Sabine: Biographisches Handbuch der Reichsrätekongresse 1918/19, Düsseldorf 2000, S. 17.

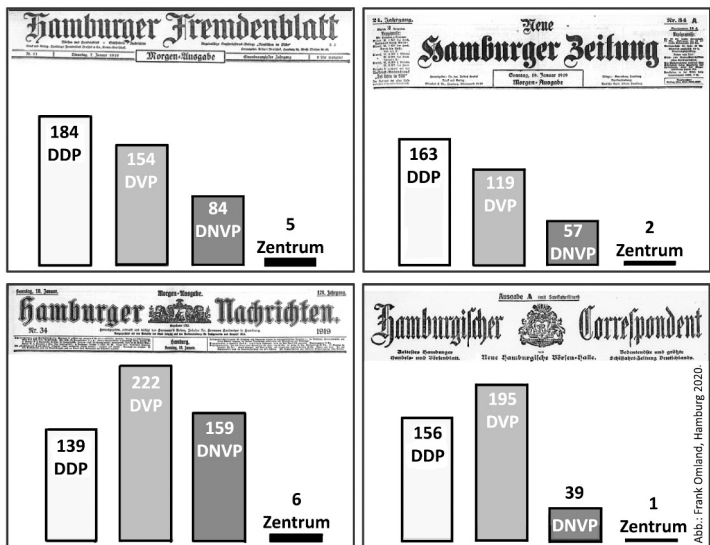
25 Bis zum 28.11.1918 traten noch die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei in Erscheinung, danach dann DDP und DVP. Vgl. dazu die Anzeigen der DVP und zur Kursreihe der DDP in: HF, Morgen vom 25.12.1918.

26 Vgl. HF, Morgen und Abend vom 9.12.1918, Anzeige mit 11 Vorträgen (Mo und Do., 12.12. bis 20.1.) mit jeweils zwei Referent:innen (einmal Helene Lange und Gertrud Bäumer) für Mitglieder der DDP; Politische Vortragsabend-Reihe in der Patriotischen Gesellschaft bis zum Wahltag. Vgl. HF, Anzeige vom 19.12.1918, (Demokratische Jugend Groß Hamburg, 5 Stadtteile, regelmäßig jeden Samstag).

27 Der Vf. hat entsprechend das Hamburger Fremdenblatt für den Zeitraum 21.11.1918 bis 31.12.1918 ausgewertet (106 Versammlungen insgesamt). Allein für die erste Woche 1919 konnten weitere 48 Versammlungen/Veranstaltungen gezählt werden.

28 HF, Morgenausgabe vom 19.1.1919, »Heute ist unser Schicksalstag! Wählt die Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei!« – HF, Morgenausgabe vom 16.11.1918, »Aufruf zur Gründung einer republikanisch-demokratischen Partei«, – HF, Abendausgabe vom 21.11.1918, »Unser Programm für die demokratische Republik Deutschland.«

Abbildung 1: Vergleich der bürgerlichen Wahlanzeigen in den vier auflagenstärksten Zeitungen in Hamburg (1.1. bis 19.1.1919)



Zentrum in der evangelischen Diaspora mit 14 Anzeigen. Die quantitative Dimension dieser Wahlwerbekampagne von 1919 wird im Vergleich zum Wahlkampf von 1920 deutlich: Dort konnten »nur« 49, 144, 42 und 2 für die genannten Parteien gezählt werden;²⁹ in der Summe weniger als die DNVP insgesamt für ihren Wahlkampf 1919 hatte publizieren lassen.

Entsprechend hoch müssen 1919 die Wahlkampfkosten für die bürgerlichen Parteien ausgefallen sein, umfassten diese doch sicherlich nicht unbeträchtliche Summen für Anzeigen, Versammlungsräume, Druckkosten für Plakate und Flugblätter und die Auslagen für die Redner:innen. Auf Seiten der Arbeiterparteien konnten 1919 für die USPD 60 Veranstaltungen ausgerichtet werden, davon sieben für Frauen, und für die SPD 69 Veranstaltungen, davon 20 für Frauen. Die Kosten ihrer Werbung dürften geringer veranschlagt werden, da beide Parteien nur ausnahmsweise in der bürgerlichen Presse mit Anzeigen warben.

Welche Themen bestimmten im Wesentlichen den Hamburger Wahlkampf? Nach einer ersten Durchsicht der veröffentlichten Meinung und der Positionen der Parteien ergibt sich folgendes Bild: Eine herausragende Rolle spielten Fragen zur Kriegsschuld, zum kommenden Friedensvertrag sowie seine erwartbaren Auswirkungen auf den Hamburger Hafen. Viele Beiträge im Wahlkampf beschäftigten sich mit Fragen zur Transformation des Ancien Régimes. Unterschiedliche Vorschläge zur Neuordnung der

29 Auswertung aller Anzeigen in HF, Hamburger Correspondent (HC), Neue Hamburger Zeitung (NHZ) und Hamburger Nachrichten (HN) für den Zeitraum vom 1.1. bis 19.1.1919 bzw. 15.5. bis 6.6.1920.

Wirtschaftspolitik wurden im Pro und Contra zur Frage der Verstaatlichung von Großbetrieben bzw. Schlüsselindustrien diskutiert. Weitere dringliche Themen betrafen die Gestaltung des neuen Arbeitsrechts, die Lohnfrage, die Frage nach der Trennung von Kirche und Staat oder auch die Stellung des Religionsunterrichts an Schulen. Bei Teilen des Bürgertums schimmerte regelmäßig die Furcht vor einer zweiten Revolution, dem Feindbild »Bolschewismus«, d.h. »Zuständen« wie in Russland durch.

Auf Seiten der SPD und USPD richteten sich die bevorzugten Wahlkampfthemen auf die Sicherung der Errungenschaften der Revolution. Dabei konzentrierte man sich auf Fragen zur Sicherung der Macht, der Architektur der neuen Verfassung zur Absicherung der Herrschaft oder auch der Garantie der Arbeitnehmerrechte. Beide Parteien verbanden die Erfahrungen der Verfolgung und der Ausgrenzung der Sozialdemokratie im Kaiserreich und Forderungen nach demokratischer Partizipation im Sinne einer ausgleichenden historischen Gerechtigkeit. Die SPD trat dabei deutlich in Distanz zu einer taktischen Zusammenarbeit mit den bürgerlichen demokratischen Liberalen:

Der Kampf der Zukunft geht um die Frage, ob wir eine plutokratische, kapitalistische Pseudodemokratie nach französisch-amerikanischem Muster oder ob wir eine wirkliche, eine Demokratie der breiten Massen, eine sozialistische Demokratie bekommen werden. In diesem weltgeschichtlichen Kampfe muß der bürgerliche Liberalismus klare Stellung einnehmen – oder er wird zerrieben.³⁰

Beide Arbeiterparteien pflegten zugleich ihre gegenseitige Abneigung, welche in der ironischen Frage der USPD an die SPD zum Ausdruck kommt: »Proletariat, willst Du abermals verraten werden?«³¹ Doch nicht nur der Wahlkampf der Arbeiterparteien wurde von einer Haltung aus Gegnerschaft bis hin zur Feindseligkeit beherrscht. Auch der Tonfall zwischen den Bürgerlichen und Sozialdemokraten war von einem großen gegenseitigen Misstrauen und Unverständnis geprägt. Beides spiegelt deutlich die sozialen und gesellschaftlichen Grenzen und Ungleichheiten des untergegangenen Kaiserreichs wider.

6. Die Trennung von Kirche und Staat: Evangelische Christen als Zielgruppe der Parteien

Eines der wichtigsten Wahlkampfthemen war die Frage der Trennung von Kirche und Staat. Formal waren der Hamburger Staat und die evangelisch-lutherische Landeskirche seit 1871 voneinander getrennt, doch tatsächlich blieb diese sehr staatsnah, wie die »Erklärung der hamburgischen Pastoren« vom Ende November 1918 belegt:

Die evangelisch-lutherische Kirche zu Hamburg, seit langem ein Hort evangelischer Freiheit, ist seit dem Jahre 1871 vom Staate getrennt. Aber auch in Hamburg hat unsere Kirche, nicht ohne ihre Schuld, schwer gelitten unter der Gleichgültigkeit und dem Mangel an Vertrauen derjenigen Kreise, welche sich von ihr zurückhielten, weil sie die

30 HE vom Sonntag, 12.1.1919, »Wer sind die Deutsch-Demokraten?«

31 HVZ vom 11.1.1919, »Proletariat, willst Du abermals verraten werden?«

Kirche nur als Stütze der Staatsform ansahen. [...] Wir fordern zur Erfüllung der religiösen und kirchlichen Aufgaben dauernde Freiheit in der Religionsausübung und in der Gestaltung der Kirchenverfassung.³²

Die eher deutschnational ausgerichtete Landeskirche schloss sich nach den revolutionären Umbrüchen in Hamburg nicht den Forderungen nach Erneuerung an, sondern begab sich in eine konservative Abwehrhaltung.³³ Anlass war eine im benachbarten Preußen erlassene Verordnung, die die Trennung von Kirche und Staat und ein Ende des Religionsunterrichts in Schulen vorsah. Diese erweiterte der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat um die Forderung nach Partizipation und forderte die evangelisch-lutherische Landeskirche zur Änderung ihrer Verfassung sowie zur Einführung des gleichen und geheimen Kirchenwahlrechts für Frauen auf.³⁴ In der Folge setzte in der Hamburgischen Landeskirche eine heftige Diskussion ein, die beide Themen, die Gleichwertigkeit der Geschlechter und die neue Rolle des Religionsunterrichts miteinander verband.

Der große gesellschaftliche Druck, der sich darin äußerte, dass in manchen Gemeinden Hamburgs auf Elternversammlungen aktiv für den Religionsunterricht an staatlichen Schulen agitiert wurde,³⁵ musste von den Parteien aufgenommen werden und zwang sie dazu, diese Frage im Wahlkampf mit aufzugreifen.

Für die beiden Arbeiterparteien stand außer Frage, dass Religion Privatsache sei und in der konsequenten Folge der direkte politische Einfluss der Kirchen auf das Staatswesen unterbunden werden müsse.³⁶ Für die Liberalen waren Religionszugehörigkeit und Glauben eine individuelle Frage, jedoch sprachen sie sich nicht explizit für den Fortfall des Religionsunterrichts an Schulen aus.³⁷ Die Frage des obligatorischen Religionsunterrichts diente den beiden rechten bürgerlichen Parteien, DVP und DNVP, sich strikt gegenüber der meinungsführenden und die Religionsfreiheit vertretenden DDP abzugrenzen. Die Deutschnationalen vertraten in besonders offensiver Form die Position der (evangelischen) Kirche.³⁸ So tönte eine Wahlanzeige unter der Überschrift »Gott, Ehre, Freiheit Vaterland!...«

Wer hilft, unser Volk vor Unglauben und Unsittlichkeit zu schützen? Wer hilft, unserer Schule den christlichen Religionsunterricht und damit unseren Kindern die Führung zu Gott und zu wahrer Sittlichkeit, Ewigkeitswerte zu sichern und zu erhalten?³⁹

In einer weiteren Anzeige mit der Überschrift »Revolution und Gottesglaube« hieß es:

32 HF, Morgen vom Sonntag, 24.11.1918, »Eine Erklärung der hamburgischen Pastoren«.

33 Vgl. dazu den Beitrag von Rainer Hering in diesem Band: »Furchtbare Katastrophe« – Kirche und Revolution«, S. 329–342.

34 HF, Morgen vom 30.11.1918, »Kirche und Staat in Hamburg«.

35 HF, Abend vom 5.12.1918, »Für den Religionsunterricht« (Eilbek, Elternversammlung).

36 NN 22.11.1918, »Die Volksversammlung am 20. November in W.[edel]«.

37 Vgl. zur DDP zuletzt: NN 17.1.1919, »Deutsche demokratische Partei«, [Nachberichterstattung der letzten Wahlversammlung DDP, FO].

38 Vgl. dazu u.a. NN, 23.12.1918, Rubrik: Aus der Heimat, »Die deutschdemokratische Partei«.

39 HF, Abend vom Samstag 23.12.1918, Anzeige der DNVP: »Gott, Ehre, Freiheit, Vaterland!«

Der Untergang jedes Volkes begann mit der Mißachtung der Religion, sein Aufstieg mit der Erkenntnis des Höchsten. Die Furcht Gottes ist der Weisheit Anfang. Wer also will, daß seinen Kindern die göttliche Lehre ins Herz gesetzt wird, wer will, daß in unserem Staate Gottesfurcht und Gottvertrauen herrscht und das deutsche Volk aus der Tiefe seines Sturzes wieder zu lichter Höhe aufsteige, der wähle die Partei, die eintritt für Christentum und Kirche, der wähle die Deutschnationale Volkspartei.⁴⁰

Abbildung 2: Anzeige in den Hamburger Nachrichten, Morgenausgabe, 15.1.1919.



Auch die DVP hatte ein großes Interesse, die christlich gesinnte Wählerschaft für sich zu gewinnen. In einer Anzeige nahm sie Stellung zu Flugblättern, die ihr eine angeblich antikirchliche Haltung zuschrieben, indem sie sich ausdrücklich für die Beibehaltung des Religionsunterrichtes aussprach:

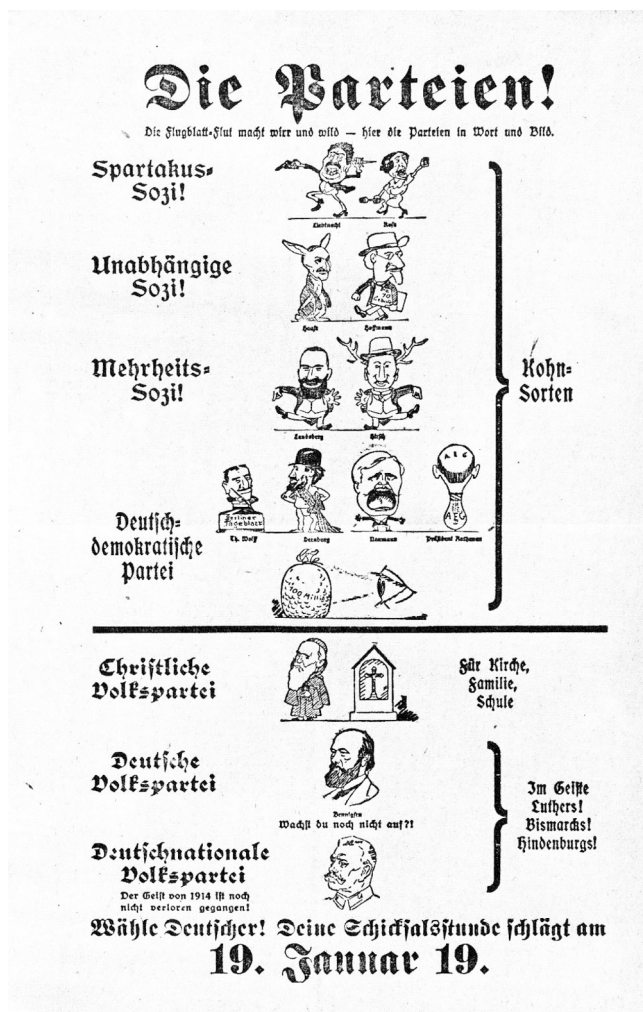
In verschiedenen Teilen der Stadt wurde ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei verteilt, das mit blauer Farbe den Stempelabdruck: »Heraus aus der Kirche« trug. Wir wissen nicht, welcher Partei die **Fälscher** angehören, stellen aber diese **vornehme Kampfsart** hierdurch an den Pranger. [...] Nationalbewusstsein, freiheitliches Deutschtum und Erhaltung der Religion und der Privatwirtschaft, das sind Ziele der Deutschen Volkspartei.⁴¹

40 Anzeige in den HF, Abendausgabe vom 3.1.1919, »Revolution und Gottesglaube«.

41 HN, Morgenausgabe vom 15.1.1919, »Achtung! Wahlmanöver«.

Das Eintreten für das »deutsche« Christentum ging einher mit antisemitischen Tönen, wie das folgende Plakat illustriert, in dem alle Parteien, außer dem Zentrum, der DVP und den Deutschnationalen, als »Kohnsorten« denunziert werden. Die DNVP und ihr nahe stehende Kreise vertraten ausdrücklich antisemitische Positionen, indem sie den Liberalen eine jüdische und damit »undeutsche« Identität unterstellten, die mit der Zugehörigkeit zum deutschen Volk nicht vereinbar sei. Für evangelische Christ:innen stellte sich vordringlich die Frage, welche Partei sie wählen konnten. Außer der antisemitischen DNVP und jenseits des katholischen Zentrums trat keine andere Partei offensiv für die Interessen der Kirche ein.

Abbildung 3: Hans Bohrmann (Hg.): Politische Plakate. Mit Beiträgen von Ruth Malhotra und Manfred Hagen, Dortmund 1984, S. 197.



Ob die Positionen der Parteien zu Kirche und Religionsunterricht wahlentscheidend waren, weil sich hier Fragen zu Elternrechten, Familienpolitik und Christentum überschneiden,⁴² ist statistisch schwer nachzuweisen. Ein Beispiel aus dem Stadtteil Eilbeck soll das verdeutlichen. Im Stimmbezirk 251 erreichte die DNVP mit 11,5 Prozent der Wahlberechtigten-Stimmen ihr zweitbestes Ergebnis in Hamburg. In relativer Nachbarschaft dazu agitierten mit Johannes Wehrmann in der Friedenskirche und dem Antisemiten Julius Hahn in der Versöhnungskirche zwei Pastoren für die DNVP.⁴³ Doch ob hier ein Zusammenhang zu den DNVP-Ergebnissen besteht, lässt sich ohne weitere Quellen nicht belegen.

7. Die wahlentscheidende Zielgruppe: Die Frauen

Während im Kaiserreich ausschließlich Männer ab 25 Jahren den Reichstag wählen durften, erhöhte sich nach Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts die Anzahl der Wahlberechtigten in Hamburg 1919 von knapp 261.000 auf 660.000.⁴⁴ Davon war jede achte Person unter 25 Jahre alt. Frauen stellten mit einem Anteil von 55 Prozent aller Wahlberechtigten die Mehrheit.⁴⁵ Wie schwer sich die rechten Bürgerlichen mit dem Frauenwahlrecht taten, zeigt ein Zeitungsbericht des »Hamburger Fremdenblatts« vom 6. November 1918 zum Thema Wahlrechtsreform, das in der Hamburger Bürgerschaft zögerlich und inhaltend diskutiert wurde: »In der Kommission wurde auch die Gewährung des Bürgerrechts an Frauen erörtert, ein dahingehender Vorschlag fand aber keine Annahme.«⁴⁶ Die alte Bürgerschaft verweigerte noch unmittelbar vor dem Umbruch Frauen das volle Bürgerrecht und damit das Wahlrecht, obwohl der »Stadt-

42 Vgl. die Diskussion um die Trennung von Kirche und Staat, den Religionsunterricht und auch die Sexualaufklärung in den Schulen in NN 13.12.1918, Eingesandt, »Kirche und Staat«; NN 14.12.1918, Eingesandt, »Kirche und Staat«; NN 14.12.1918, [Antwort auf Kritik an Sexualaufklärung in den Schulen durch die Lehrerin Erne Bechstedt]; NN vom 19.12.1918, Eingesandt, »Religionsunterricht«; NN 23.12.1918, Eingesandt: »Es besteht bei manchen Mitbürgern die Ansicht, als sei die Deutsche Demokratische Partei als solche für die frühzeitige sexuelle Aufklärung der Schulkinder durch die Lehrenden. Daher wird hier ausdrücklich festgestellt, daß die Partei als solche einer derartigen Richtung fernsteht.«

43 Die Kirchengebäude standen im Sb. 254 (Friedenskirche, DNVP 4,4/DVP 18,2) und im Sb. 261 (Versöhnungskirche, DNVP 4,8/DVP 16,2); jeweils westlich davon lag der Sb. 251 (DNVP 11,5/DVP 45,9); nur in Alsterdorf erhielt die DNVP mehr Stimmen: Sb. 173 (DNVP 13,6/DVP 12,4). Zu Wehrmann und Hahn vgl. w.u. den Beitrag von Hering, Rainer, »Furchtbare Katastrophe« – Kirche und Revolution.

44 Vgl. Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten. Bearbeitet von Carl-Wilhelm Reibel, Düsseldorf 2007, Halbband 2, S. 1491–1501. [Hier: die drei Hamburger Wahlkreise: 35.729, 43.285, 182.193, zusammen 261.207. (RTW 1912); dagegen 659.392 bei der NV 1919].

45 Eigene Berechnungen nach Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat Nr. 7, Hamburg 1919, S. 89. Vgl. im Detail: Omland (2019): Wahlen und Wählerwanderungen in Hamburg, S. 69–70.

46 HF, Abendausgabe vom 7.11.1918, Hamburgische Verfassungs-Revision.

bund Hamburger Frauenvereine«, der als Dachverband 50 Vereine mit 17.000 Mitgliedern vertrat, bereits seit 1917 konsequent dafür eingetreten war.⁴⁷

Angesichts des überwiegenden Anteils der wahlberechtigten Frauen innerhalb der Gesamtheit der Hamburger Wahlberechtigten mussten alle Parteien Strategien entwickeln, um die Wählerinnen für sich zu gewinnen.⁴⁸ Dies traf auch auf die bürgerlichen Parteien zu, die bis dato das Frauenwahlrecht abgelehnt oder nicht aktiv unterstützt hatten. Die politische Aufklärungsarbeit geschah bis Ende Dezember 1918 hauptsächlich in Versammlungen, die bewusst Frauen adressierten und in denen zumeist Frauen als Hauptredner:innen auftraten. Über ein Viertel aller bisher erfassten Wahlversammlungen waren für ein weibliches Publikum bestimmt. Zu ihnen zählten staats- und bildungspolitische Großveranstaltungen, Informationsveranstaltungen für die neuen Wählerinnen hinsichtlich des Wahlrechts, öffentliche Parteiversammlungen oder interne Mitgliederabende, um Frauen als neue Mitglieder zu gewinnen. Über die »Werbearbeit« schrieb das »Hamburger Fremdenblatt« in einem leicht paternalistischen Tonfall:

Ungemein rührig zeigen sich die Frauen. Von ihnen wird Versammlung über Versammlung berufen, damit Belehrung und Anregung den Ungezählten, denen Politik bisher nur Männerarbeit schien, zuteil werde. Die Männer wiederum berufen die Frauen, um sie für ihre Ideen, für ihre Parteien zu gewinnen, sie zu belehren über den Weg, der zum Heile des Vaterlandes führen soll. Zu Tausenden und aber Tausenden strömen die Frauen zu den Versammlungen, nicht um zu sehen und um gesehen zu werden, sondern um zu lernen, wie man politisch arbeitet.⁴⁹

Eine Versammlung mit prominenten Repräsentantinnen auf der Rednerinnentribüne fand am Dienstag, dem 26. November 1918 im Zirkus Busch vor 7000 Zuhörer:innen statt. Laut Zeitungsmeldungen sprachen neben Helene Lange, Gertrud Bäumer, Marie Baum und Emmy Beckmann einige der bekanntesten und wichtigsten Protagonistinnen der Frauenbewegung. Da es sich um eine Veranstaltung des Wahlwerbeausschusses der Hamburger Frauenvereine handelte, standen weniger parteipolitische Fragen, als solche der Mobilisierung von Frauen für die neue Demokratie im Vordergrund. So hob Helene Lange ihre Freude drüber hervor, dass das allgemeine Frauenwahlrecht noch zu ihren Lebzeiten in Kraft trete; Emmy Beckmann forderte baldige Wahlen zur Nationalversammlung und sprach sich gegen »Gleichgültigkeit und Klassenegoismus« aus. Marie Baum forderte, »daß unser Volk befreit werden müsse von dem Druck des Privatkapitalismus. Koste es auch Opfer, so müsse man sich damit abfinden, denn nur so sei der Weg zum sozialen Aufstieg zu finden.« Abschließend unterstrich sie den Wert der

47 Vgl. Bake, Rita/Heinsohn, Kirsten: »Man meint aber unter Menschenrechten nichts anderes als Männerrechte.« Zur Geschichte der Hamburger Frauenbewegung und Frauenpolitik vom 19. Jahrhundert bis zur Neuen Hamburger Frauenbewegung Ende der 1960er Jahre, Hamburg 2012, S. 95-98.

48 Vgl. grundsätzlich: Richter, Hedwig/Wolff, Kerstin (Hg.): Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa, Hamburg 2018; Damenwahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht. Herausgegeben von Dorothee Linnemann, Frankfurt 2018; Ferner, Elke (Hg.): 90 Jahre Frauenwahlrecht! Eine Dokumentation von Ursula Birls, Gisela Notz, Inge Wettig-Danielmeier und Christl Wickert, Berlin 2008. Für Hamburg vgl. Bake/Heinsohn (2012).

49 HF, Morgen vom 8.12.1918, »Werbearbeit«.

Erziehung und der Bildung in der Familie durch die Frauen. Gertrud Bäumer führte aus:

Eine besondere Partei von Frauen in der Politik sei nicht zu empfehlen, wohl aber müssen trotzdem die Frauen die Scheu vor dem Parteileben überwinden. Die Frauen müssen die Ueberzeugung gewinnen, daß sie zur politischen Mitarbeit ebensogut berufen seien, wie die Männer [...].⁵⁰

Über den Auftritt von Ida Dehmel auf einer Nachfolgeveranstaltung hieß es:

Für Dr. Gertrud Bäumer war Frau Ida Dehmel eingetreten, die mit warmen und klugen Worten drei Punkte für den Wert der politischen weiblichen Mitarbeit geltend machte, den unverbrauchten, begeisterungsfrohen Idealismus, den starken, in vielerlei Pflichten gestählten Arbeitswillen und die neuen, von keiner Parteivergangenheit befleckten Sitten.⁵¹

Die Darstellung der Frauen als Akteurinnen im Hamburger Wahlkampf 1919 in den unterschiedlichsten Rollen und Räumen sozialer, politischer und gesellschaftlicher Praxis wäre weiterer eigenständiger Forschungen wert. In den hier gesichteten Quellen treten Frauen vorwiegend als Mütter, Erziehende, Fürsorgende, und »Aufbauende« auf. Nicht selten werden sie als »Jungfrauen der Welt der Politik« beschrieben, die von dieser noch nicht »beschmutzt« worden seien. Emmely Albert, Mitglied der DVP, bedient dieses Bild, wenn sie sagt: »Und die Pflicht der Frau sei es, Reinheit, Feinheit und Güte ihrer Seelen in das politische Leben hineinzutragen, durch die sie beglücken und beglückt werden.«⁵² Eine Wahlwerbeanzeige der Liberalen der DDP macht ob ihrer Einfachheit ungewollt den instrumentalistischen Charakter der Propaganda deutlich: »Frauen Ihr gehört zu uns!«⁵³

Die männlichen Kommentatoren lassen in den Zeitungen eine Mischung aus Paternalismus und Mansplaining erkennen, nehmen einen magistralen belehrenden Ton an und unterlaufen so ihre Respektbekundungen gegenüber der neuen Rollenzuschreibung. Gleichzeitig können sie die Furcht vor den Auswirkungen der Stimmabgabe der mehrheitlich weiblichen Stimmberechtigten nicht ganz unterdrücken. So hieß es etwa in den konservativen Hamburger Nacten:

Wir haben an dieser Stelle bisher stets den Standpunkt eingenommen, daß die Politik, die keineswegs veredelnd und charakterfördernd wirkt, von vielen Frauen selbst, als von Natur aus nicht zu ihnen gehörend abgelehnt wird. [...] Jetzt, nachdem die Politisierung der Frau zur Tat geworden ist, ist es zweifellos auch Pflicht eines jeden weib-

50 HF, Abend vom 27.11.1918, »Frauenversammlung im Zirkus Busch« (am Di., 26.11.1918). Ebd. die vorhergehenden Zitate.

51 HF, Abend vom 4.12.1918, »Die Frauen und die bevorstehenden Wahlen.« (= Frauenversammlung Nr. 2, im Zirkus Busch).

52 HF, Abend vom 5.12.1918, »Dritte nationalliberale Frauenversammlung«, Leitung: Ida Dehmel, Patriotische Gesellschaft, Rednerin: Emmely Albert (DVP).

53 Die Anzeige wurde in verschiedenen Versionen gedruckt u.a. in HN, Morgen, 21.12.1918 und in den HF, Abendausgabe vom 23.12.1918.

8. Sonntag, der 19. Januar 1919: Wahltag

Die Woche vor dem Wahlsonntag war in der Hamburger Presse geprägt von Berichten über die kommenden Friedensverhandlungen und ihre möglichen Auswirkungen, ebenso von Schilderungen über die bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen in Berlin zwischen der herrschenden SPD und ihren Gegnern aus der Arbeiterschaft. Mit Ausnahme der USPD bewerteten alle anderen Parteien das Geschehen als Versuch einer linkssozialistischen Gegenrevolution.⁵⁹ Die blutigen Ereignisse in Berlin, einschließlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, blieben nicht ohne Einfluss auf die Positionierungen der Parteien in den Wochen kurz vor den Wahlen.

Einig waren sich alle Parteien und mit ihnen die Zeitungsredaktionen, dass das formale Wahlrecht eine moralische Wahlpflicht beinhalte.⁶⁰ Diese Auffassung fand in der veröffentlichten Meinung in der Weimarer Republik eine besonders starke Ausprägung; gleichzeitig ging sie mit Kritik und Beschimpfungen gegenüber den Nichtwähler:innen einher.

Am Wahltag fuhren überall in der Stadt Lastkraftwagen und Autos mit Werbebotschaften der Parteien umher.

»Das Pflaster der Straßen [war] über die ganze weite Stadt dicht besät mit fortgeworfenen Flugblättern und Wahlaufrufen«, so die Schilderung in den konservativen »Hamburger Nachrichten«, in denen es weiter hieß:

Als um 9 Uhr früh die Wahl eröffnet wurde, standen die Menschen schon vor allen Wahlstellen »Kette«. Bunt durcheinander; Männer und Frauen, Greise und Jugendliche, Reich und Arm; dazwischen eine Menge Soldaten. [...] So standen denn die langen Züge geduldig und vertrieben sich die Zeit.⁶¹

Wie schon im Kaiserreich, stellten die Parteien auch zu diesen Wahlen eigenständig die Stimmzettel nach den amtlichen Vorgaben her. Der Einheitsstimmzettel, dem gegenwärtig genutzten noch sehr nahe kommend, wurde in Hamburg wie auch im Deutschen Reich erst 1924 eingesetzt. Alle Wählenden mussten sich also 1919 mit dem richtigen Stimmzettel versorgen: »Neben den langen Gliedern der Wartenden hatten sich überall die Plakatträger und Zettelverteiler der Parteien aufgepflanzt.«⁶² Wer noch nicht zur Wahl gegangen war, wurde von seiner Partei mit dem Wahlschleppdienst zu Hause

59 Büttner benennt es als »Januarkämpfe« und spricht vom »irreführenden Namen »Spartakusaufstand«, denn die Ereignisse waren weder von der KPD noch von Radikalen der USPD geplant worden. Vgl. U. Büttner, Weimar, S. 55-57; HF, Morgenausgabe vom 6.1.1919, »Der große Putsch der Radikalen«; HC, Abendausgabe vom 7.1.1919, »Spartakusterror in Berlin«; NHZ, Abendausgabe vom 6.1.1919, »Berliner Abrechnung mit Spartakus«; NHZ, Morgenausgabe vom 7.1.1919, »Der Spartakusputsch vorläufig mißglückt«; HN, Morgenausgabe vom 7.1.1919, »Zusammenstöße zwischen Spartakisten und Regierungstruppen in Berlin«; HE, Abendausgabe vom 6.1.1919, »Ein neuer Gewaltstreik der Spartakus-Leute in Berlin«; HE, Morgenausgabe vom 7.1.1919, »Bürgerkrieg in Berlin«; HVZ vom 7.1.1919, »Die Erhebung des Proletariats in Berlin.«

60 Vgl. HN, Morgenausgabe vom 19.1.1919, »Wahlrecht ist Wahlpflicht!«.

61 HN, Morgenausgabe vom Montag, 20.1.1919, »Die Wahlen zur Nationalversammlung«.

62 ebd.

aufgesucht und an seine Pflicht erinnert.⁶³ Ob es im Wahllokal bei den ersten freien Wahlen wirklich immer ganz vorschriftsmäßig verlief, bezweifelten die Hamburger Nachrichten im März 1919 nach der Bürgerschaftswahl rückblickend ebenfalls:

Eins aber ist uns, wie bei den Januarwahlen, so auch diesmal aufgefallen: die »Wahlzellen« waren vielfach ganz unvorschriftsmäßig und keineswegs geeignet, die geheime Wahlausübung zu sichern. Der Zug der Wähler ging an dem Wahlverschlage vorbei, und dieser war nach den Wählern zu offen, so daß jeder zusehen konnte, wenn man seinen Zettel in den Umschlag steckte. So ließ sich ganz gut einige Aufsicht ausüben, ob der Wähler auch den »richtigen« Zettel benutzte. Das sollte nicht sein und muß bei den nächsten Wahlen [...] vermieden werden.⁶⁴

Im Großen und Ganzen verlief der Wahltag laut allen ausgewerteten Zeitungsmeldungen ruhig und ohne Zwischenfälle,⁶⁵ auch wenn manche Beobachter:innen die Sicherheitswachen vor den Wahllokalen kritisch sahen oder deren Präsenz in den Straßen generell negativ kommentierten.⁶⁶ Problematisch war, dass angesichts des auf den Wahlämtern lastenden Zeitdrucks nicht alle Wahlberechtigten zur Wahl zugelassen, einige in den Wahllokalen abgewiesen wurden und nicht jeder demobilisierte Soldat von seinem Stimmrecht tatsächlich Gebrauch machen konnte.⁶⁷

Das Wahlergebnis erbrachte reichsweit einen Sieg der später Weimarer Koalition genannten Parteien. Die SPD, die DDP und das Zentrum als politische Vertreterin des Katholizismus waren die Wahlgewinner, die USPD und die rechten Liberalen sowie die Deutschnationalen die Wahlverlierer. Auffallend ist, dass in größeren Teilen Norddeutschlands das SPD-Ergebnis zumeist acht bis zehn Prozentpunkte über dem reichsweiten Durchschnitt lag. Dementsprechend fielen auch die Meinungen über den Wahlausgang sehr unterschiedlich aus.

9. Die Wahlkommentare

Die Hamburger Nachrichten konstatierten »den Sieg des Bürgertums«, weil es keine absolute Mehrheit für die Arbeiterparteien gegeben hatte und meinten, die »Entscheidung des Volkes, die sich aus dem freiesten Wahlrecht der Welt ergeben hat, zeigt, daß Deutschland nicht gewillt ist, vor einer sozialistischen Diktatur zu kapitulieren.«⁶⁸ Gleichzeitig unterstellte sie den Liberalen und der Sozialdemokratie:

63 Vgl. die Schilderung in der NHZ, Morgenausgabe vom 17.3.1919, »Die Wahlhandlung in Hamburg«, darin Schilderungen des Wahlschleppdienstes im Konkreten.

64 HN, Morgenausgabe vom 17.3.1919, »Der Wahltag in Hamburg«.

65 NHZ, Morgenausgabe vom 20.1.1919, »Die Wahlhandlung«, darin auch wieder Schilderungen des »Wahlschleppdienstes« der Parteien.

66 HVZ vom 20.1.1919, »Hamburg im Zeichen der Nationalwahl«. – HN, Morgenausgabe vom 20.1.1919, »Der Wahltag in Hamburg«. – HE, Abendausgabe vom 20.1.1919, »Hamburg. Wahltag«.

67 HE, Morgenausgabe vom 21.1.1919, »Wähler und Wählerinnen von Altona-Ottensen!«; Aufruf der DNVP, die Wählerlisten einzusehen: HF, Abendausgabe vom 4.1.1919, »Versäumt nicht die Wählerlisten einzusehen!«

68 HN, Abendausgabe vom 22.1.1919, »Das Wahlergebnis«.

Nicht nur hat die bessere Organisation und die rasselndere Werbetrommel beider Parteien an dieser Stimmenvermehrung ihren Anteil, sondern nicht minder der durch das weitgehende Wahlrecht zur Nationalversammlung bewirkte Zuzug der Frauen und Jugendlichen. [...] [Die SPD] hat es durch rege Werbearbeit seit Jahrzehnten fertiggebracht, die Frauen und Jugendlichen der ihr nahestehenden Kreise fast restlos für die sozialistischen Zwecke einzufangen und einzuspannen.⁶⁹

Die angesprochene Hamburger SPD konstatierte:

Die Aenderung des Wahlrechts hat in unserem Wahlkreise weder in der Stimmen-, noch in der Mandatsverteilung sehr starke Aenderungen hervorgerufen. [...] Wir werden mit den Frauen als Wählerinnen ebenso vorwärts marschieren wie bisher ohne diese. Das demokratischste aller Wahlrechte kann gar keine andere Wirkung haben. Und darum kann die Sozialdemokratie der kommenden demokratischen Entwicklung mit Vertrauen entgegensehen.⁷⁰

Diese Behauptung kaschierte allerdings nur unzureichend die tatsächliche Enttäuschung über die spekulativ angenommenen Gründe des weiblichen Abstimmungsverhaltens. Dagegen war der USPD die Enttäuschung deutlich anzumerken, verstand sie sich doch nicht zu Unrecht als die einzige Partei, die für die Revolution eintrat:

Das Proletariat ist sich seiner Macht bewußt und wird sich durch eine Zufallsmehrheit im Eintagsparlament, das durchaus kein wahres Spiegelbild der Volksstimmung sein kann, nicht im geringsten einengen, noch bestimmen lassen. Unter diesem Gesichtspunkte können wir die gesamten Wahlergebnisse im Reiche mit absoluter Gleichgültigkeit betrachten.⁷¹

Die Neue Hamburger Zeitung unterstellte Wählerwanderungen bestimmter Intellektueller (»Kopfarbeiter«) zur SPD, und Wählerwanderungen von den Nationalliberalen zur DDP und kommentierte so:

Noch niemals hat zwischen zwei Wahlen zur deutschen Volksvertretung eine derartige tiefgreifende Umwälzung aller politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse gelegen, wie diesmal. Es lag deshalb die Annahme sehr nahe, daß der große Umsturz sich widerspiegeln werde in einer entsprechenden Umschichtung der Stärke bei den verschiedenen politischen Parteien. Aber nun erleben wir die eigenartige Tatsache, [...] daß in dem Stärkeverhältnis der großen Parteien unseres Wahlkreises gegenüber der letzten Reichstagswahl von 1912 fast gar keine Änderung eingetreten ist.⁷²

Ähnlich wie häufig auch noch in der gegenwärtigen Geschichtsforschung zu lesen, waren die männlichen Kommentatoren unter den Zeitgenossen überrascht darüber, wie scheinbar stabil sich das kaiserzeitliche Ergebnis eines Männerwahlrechts von 1912 auch in dem Ergebnis eines geschlechtergerechteren Wahlrechts für Frauen und Männer 1919 widerspiegelte. Im Folgenden wird untersucht, ob und inwiefern die Behauptung, es sei

69 HN, Abendausgabe vom 20.1.1919, »Der erste Eindruck der Wahl«.

70 HE, Abendausgabe vom 23.1.1919, »Wahlbetrachtungen«.

71 HVZ vom 20.1.1919, »Nach den Wahlen«.

72 NHZ, Abendausgabe vom 20.1.1919, »Das Hamburger Wahlergebnis«.

alles beim Alten geblieben, anhand der statistischen Wahlforschung bestätigt werden kann bzw. verworfen werden muss.

10. Die statistische Wahlanalyse

Jürgen Winkler hat auf der Basis einer statistischen Analyse zweier reichsweiter Wahlen die Frage nach der Kontinuität bzw. Diskontinuität des Wahlverhaltens im Kaiserreich und in der Weimarer Republik untersucht. Für die Wahlen der Jahre von 1912 bis 1919, in denen sich die Systemtransformation vom Kaiserreich zur demokratischen Republik vollzog, kommt er zu dem interessanten Schluss, dass das katholische Zentrum, gefolgt von den sozialdemokratischen Parteien, die stärksten Kontinuitäten im Wahlverhalten ihrer Wählerschaft aufwies, während die liberalen und konservativen Parteien keine größeren und stabilen Stammwählerschaften an sich binden konnten.⁷³ Zudem erreichten laut Winkler die SPD und USPD in ihren ehemaligen Diaspora-Gebieten, also dort, wo die SPD im Kaiserreich besonders schwach abgeschnitten hatte, sogar deutliche Stimmgewinne. Diese Ergebnisse führt er primär auf die Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler:innen in den ländlichen Gebieten zurück,⁷⁴ während die Arbeiterparteien, so seine Schlussfolgerung, umgekehrt in den industrialisierten Wahlkreisen und (groß-)städtischen Regionen im Kaiserreich schon vielfach ihr Wählerpotential ausgeschöpft hatten.⁷⁵

Im großstädtischen Hamburg lässt sich für die letzte Bürgerschaftswahl im Kaiserreich am 31. Januar 1913 ein scheinbares Patt konstatieren: Die SPD erreichte bei der Hälfte aller Wahllokale eine absolute Mehrheit, die bürgerlichen Parteien bei der anderen Hälfte.⁷⁶ Doch ist es methodisch höchst kompliziert, einen validen, wissenschaftlich gültigen Vergleich zwischen den letzten kaiserzeitlichen Wahlen und der ersten demokratischen Wahl zu erstellen. Der Grund dafür liegt in den Veränderungen des Zuschnitts der Stimmbezirke, in der Erhöhung der Anzahl der Wahllokale und der Zunahme der Anzahl der Wahlberechtigten. Indes lassen die Ergebnisse aus der benachbarten Großstadt Altona einen Vergleich der Wahlbezirke zu, denn dort gab es in der Übergangsphase keine Veränderungen der Stimmbezirke. Für Altona ist die territoriale Kongruenz, also die Deckungsgleichheit der Gebiete mit den meisten Stimmen für die Arbeiterparteien sehr hoch: 3/4 aller Hochburgen von 1912 sollten es auch 1919

73 Winkler, R. Jürgen: Sozialstruktur, Politische Traditionen und Liberalismus. Eine empirische Langzeitstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871-1933, Opladen 1995, S. 303 bis 305. (Zu statistischen Details und Quellen siehe F. Omland, Wahlen und Wählerwanderungen in Hamburg, S. 55-88.)

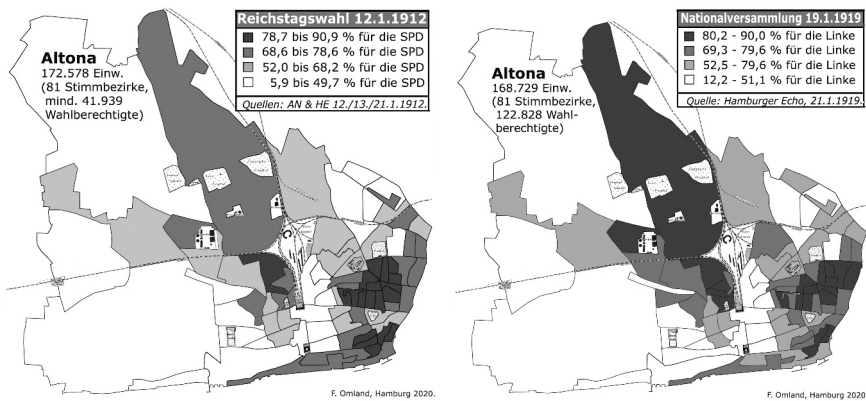
74 Winkler, Jürgen R.: »Die soziale Basis der sozialistischen Parteien in Deutschland vom Ende des Kaiserreichs bis Mitte der Weimarer Republik 1912-1924«. In: Archiv für Sozialgeschichte, Band 29 (1989), S. 145.

75 Vgl. dazu: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918. Von Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Niehuss, Merith, München 1980, S. 95; Reibel (2007): Handbuch der Reichstagswahlen, S. 1491-1501. [Hier: die drei Hamburger Wahlkreise].

76 Eigene Berechnungen für das Stadtgebiet Hamburg nach Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat Nr. 3 (1913).

sein.⁷⁷ Auch für den ländlichen Raum, etwa den Nachbarkreis Pinneberg, lassen sich diese Kontinuitäten nachweisen.⁷⁸ Dies sind Indizien, die die These von Jürgen Winkler bestätigen, wonach es in der Transformation vom Kaiserreich zur Republik in diesen Wahlbezirken wahrscheinlich keine größere lagerübergreifende Wechselwählerschaft gegeben hat. Ob dies auch auf Hamburg zutrifft, müssen künftige statistische Auswertungen erweisen.

Abbildung 5 und Abbildung 6: Übergang Kaiserreich zur Demokratie: das Beispiel Altona 1912/1919.



Vergleich der SPD-Stimmen von 1912 mit der Summe der Stimmen für die SPD plus USPD 1919: Je dunkler die Einfärbung, desto höher die Wahlergebnisse. Die sozialdemokratischen Hochburgen sind also dunkelgrau, die Gebiete mit den wenigsten Stimmen, die Diaspora, weiß.

Welche Ergebnisse zeichnen sich ab, wenn man die Veränderung des Stimmverhaltens der Wahlberechtigten in den Jahren 1919 und 1920 vergleicht und nach Gründen für die Resultate forscht? Welche Thesen oder Hypothesen führen zu einer plausiblen Erklärung der beobachteten Phänomene? Hamburg war von 1919 bis 1933 sowohl eine Hochburg der SPD als auch eine der bedeutendsten Hochburgen der liberalen Demokraten der DDP. Im Vergleich mit den anderen Großstädten des Deutschen Reiches finden sich beide Parteien bis 1933 in den Wahlergebnissen fast ständig im obersten Drittel wieder. Die DDP belegte sogar mit einer Ausnahme immer einen der ersten vier »Plätze« unter den bevölkerungsreichsten Gemeinden.⁷⁹ Nichtsdestotrotz erlangten beide Parteien nur bei den ersten vier freien Wahlen bis 1921 zusammen eine Mehrheit in Hamburg. Ihr Stimmenanteil sank bis zur Bürgerschaftswahl am 20.1.1921 bezogen auf alle Wahlberechtigten von 70 auf 41 Prozentpunkte (PP) ab, doch fielen sie bei den gültigen Stimmen »nur« von 78 auf 56 PP ab.

77 Eigene Berechnungen nach den Wahlergebnissen auf Stimmbezirksebene für 1912 und 1919 in: Altonaer Nachrichten vom 12. und 21.1.1912 und HE vom 21.1.1919.

78 Eigene Berechnungen nach den Wahlergebnissen auf Stimmbezirksebene für 1912 und 1919 in: NN 14.1.1912 und NN 20.1.1919.

79 Eigene Berechnungen nach Statistik des Deutschen Reichs zu den jeweiligen Wahlen 1920 bis 1933.

Tabelle 1: Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 19. Januar 1919

Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung, 19. Januar 1919											
	Wahl- berechtigte	in Prozent der Wahlberechtigten									
		AS	US	GS	DNVP	DVP	DDP	Z	SPD	USPD	X
Deutsches Reich	36.780.000	83,0	0,3	82,7	8,5	4,1	15,0	15,6	31,3	6,3	2,0
Wkr. 37, HH-HB-Stade	1.100.506	88,6	0,3	88,3	3,1	7,3	22,9	1,1	40,6	7,6	5,8
Staat Hamburg	653.868	90,4	0,4	90,0	2,4	10,5	23,7	1,1	46,2	6,1	0,0
Stadt Hamburg	612.261	90,6	0,4	90,2	2,3	10,5	23,5	1,1	46,5	6,1	0,0
Hamburger Landgebiete*	15.956	87,3	0,3	87,0	3,9	9,7	26,3	0,7	41,4	4,9	0,1

Legende: WB = Wahlberechtigte, AS = abgegebene Stimmen, US = ungültige Stimmen, GS = gültige Stimmen.

Tabelle 2: Die Bürgerschaftswahl vom 16. März 1919

Bürgerschaftswahl, 16. März 1919											
	Wahl- berechtigte	in Prozent der Wahlberechtigten									
		AS	US	GS	DNVP	DVP	DDP	Z	SPD	USPD	X
Staat Hamburg	661.007	80,6	0,3	80,3	2,3	6,9	16,5	1,2	40,5	6,5	6,5
Stadt Hamburg	619.553	81,0	0,3	80,7	2,3	6,7	16,1	1,2	41,0	6,5	6,8
Hamburger Landgebiete*	16.002	72,2	0,1	72,1	1,5	14,8	19,3	0,1	33,7	1,4	1,3

Ähnlich wie auf Reichsebene mussten beide Parteien auch in den Hamburger Wahlbezirken von 1919 auf 1920 ebenfalls sehr starke Stimmverluste hinnehmen. Die Frage ist, wie sich diese wahlstatistisch erklären lassen.

Die Aussagen der folgenden Analysen beruhen auf der Auswertung sämtlicher Ergebnisse für die drei ersten Wahlen in der Weimarer Republik. Sie beziehen sich auf die Daten aus den 362, 593 bzw. 624 Stimmbezirken, wobei die Berechnung bewusst auf das Hamburger Stadtgebiet begrenzt wird. Die Ergebnisse der knapp 40 bis 70

Tabelle 3: Reichstagswahl vom 6. Juni 1920

Reichstagswahl, 6. Juni 1920**											
	Wahl-berechtigte	in Prozent der Wahlberechtigten									
		AS	US	GS	DNVP	DVP	DDP	Z	SPD	USPD	X
Staat Hamburg	702.792	80,3	0,4	79,9	9,9	12,0	13,9	0,8	30,6	12,0	0,4
Stadt Hamburg	662.999	80,3	0,4	79,9	9,9	11,6	13,9	0,8	30,8	12,2	0,4
Hamburger Landgebiete*	16.277	75,7	0,2	75,5	8,3	22,7	12,9	0,0	27,3	4,2	0,0

Bereinigt um den Faktor 7,1, d.h. reduziert um 54.000 Wahlberechtigte, die das Statistische Landesamt 1920 noch nicht aus den Wählerlisten gestrichen hatte. Damit fiel die offizielle Wahlberechtigten-Ziffer in Hamburg zu hoch aus.

Wahllokale in den Marsch- und Geestlanden, in Bergedorf, Cuxhaven und Geesthacht wurden ebenfalls erhoben und analysiert, werden aber in diesem Aufsatz nicht berücksichtigt.⁸⁰

11. Exkurs: Zur Methodik (Wahlberechtigten-Stimmen)

Im allgemeinen Sprachgebrauch werden Wahlergebnisse immer auf der Basis der abgegebenen gültigen Stimmen miteinander verglichen und analysiert, weil sich daraus die Mandatsverteilung in den Parlamenten ergibt. Für die statistische Wahlanalyse führt dieses Vorgehen aber zu Problemen, da bei dieser Auswertung nicht das gesamte Wahlverhalten in die Überlegungen einbezogen wird. Neben der Stimmabgabe für die Parteien haben die Wahlberechtigten bei jeder Abstimmung die Möglichkeit, sich der Wahl zu enthalten oder einen ungültigen Stimmzettel abzugeben; diese Stimmen gilt es mit einzubeziehen. Um die Vergleichbarkeit von Wahlergebnissen im Zeitverlauf zu gewährleisten, muss deshalb das gesamte Stimmverhalten der Wahlberechtigten betrachtet werden, d.h. es muss gefragt werden, wie viele Menschen welche Parteien wählten, wie viele sich der Stimme enthielten und wie viele einen ungültigen Stimmzettel abgaben. Welche Auswirkungen insbesondere die Einbeziehung der Nichtwählerschaft auf die Wahlanalyse hat, soll anhand eines Hamburger Beispiels aus der Neustadt darge-

80 Zu den Details vgl. F. Omland (2019): Wahlen und Wählerwanderungen in Hamburg, S. 67, S. 72 und S. 78f.

stellt werden.⁸¹ Das Wahlergebnis in dem uns geläufigen Vergleich der abgegebenen gültigen Stimmen lautete dort folgendermaßen:

Tabelle 4: Vergleich zweier Wahllokale in der Neustadt (in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen)

Vergleich zweier Wahllokale in der Neustadt (in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen)							
Bürgerschaftswahl 1919	DNVP+Z	DVP	HWB	DDP	SPD	USPD	Sonstige
Neustadt (Bez. 40+41)	2,3	6,2	11,6	13,2	56,8	9,5	0,4
Reichstagswahl 1920	DNVP+Z	DVP		DDP	SPD	USPD	Sonstige
Neustadt (Bez. 40+41)	10,3	9,2	n.a.	15,4	45,2	18,7	1,2

Danach verlor die SPD knapp 12 Prozentpunkte (PP), die USPD gewann 9 PP, die DDP 2 PP, während die anderen bürgerlichen Parteien zusammen gezählt fast stabil blieben und davon profitierten, dass der Hamburger Wirtschaftsbund (HWB) zur Reichstagswahl nicht angetreten war. Als Wahlsieger ging bei den Bürgerlichen also die DNVP, bei den Arbeiterparteien die USPD hervor. Soweit erscheinen die Resultate, oberflächlich gesehen, ganz plausibel. Doch in Wirklichkeit sieht das Ergebnis anders aus, wenn alle Wahlberechtigten und ihr Stimmverhalten in die Berechnung einbezogen werden.⁸²

Tabelle 5: Vergleich zweier Wahllokale in der Neustadt (in Prozent der Wahlberechtigten)

Vergleich zweier Wahllokale in der Neustadt (in Prozent der Wahlberechtigten)								
Bürgerschaftswahl 1919	NW	DNVP+Z	DVP	HWB	DDP	SPD	USPD	Sonstige
Neustadt (Bez. 40+41)	16,4	1,9	5,2	9,7	11,0	47,4	8,0	0,3
Reichstagswahl 1920	NW	DNVP+Z	DVP		DDP	SPD	USPD	Sonstige
Neustadt (Bez. 40+41)	35,1	6,7	5,9	n.a.	9,9	29,1	12,1	0,8

Die Stimmenverluste der SPD fielen deutlich höher aus (-17 PP), die USPD profitierte nicht sehr stark (+4 PP), die Liberalen hatten sogar Verluste erlitten (-1 PP). Im bürgerlichen Lager stiegen zwar die Stimmen für die DNVP und DVP an, sie konnten aber ebenfalls nicht das Niveau des bürgerlichen Ergebnisses von 1919 (zusammen mit

81 BW 1919: Neustadt Bezirke 40 und 41, von den Straßen her deckungsgleich mit RTW 1920, Neustadt Bezirke 41 und 42 (Baumwall, Brauerknechtgraben 1-27/2-36, Hullstraße, Schaarsteinweg 1-23, Schaarsteinbrücke, Schaarthor 5-9, Steinhöft, Stubbenhuk, Wetkenstraße, Neuerweg, Neustädter 1-31/2-28, Vorsetzen, Wolfgangsweg). DNVP und Zentrum traten 1919 gemeinsam an, deshalb auch 1920 zusammengezählt. Das Zentrum erreichte in Hamburg 1920 nur 1,0 % (gültige Stimmen) bzw. 0,65 % (Wahlberechtigte), ist also zu vernachlässigen.

82 Auf die Abbildung der wenigen ungültigen Stimmen (0,1 bzw. 0,5 %) wurde hier verzichtet.

dem HWB) erreichen. Dagegen erhöhte sich die Anzahl der Nichtwähler:innen (NW) um mehr als das Doppelte (+18 PP), was die Frage aufwirft, ob sich hinter diesem Anstieg eine Vielzahl von unzufriedenen SPD-Anhänger:innen verbarg. Die sehr leichte Zunahme an ungültigen Stimmen (US) ist zu vernachlässigen.

Erst die Einbeziehung der Nichtwählerschaft ermöglicht also, wie das Beispiel verdeutlicht, eine qualitative und quantitative Analyse des Wahlverhaltens. Dagegen kann eine Wahlanalyse auf Basis des Vergleichs der abgegebenen gültigen Stimmen zu völlig falschen Schlüssen führen und sollte deshalb unbedingt vermieden werden. Tatsächlich jedoch basiert die Mehrheit der Wahlanalysen, die Historiker:innen vorgelegt haben, ausschließlich auf Vergleichen der abgegebenen gültigen Stimmen. Dasselbe gilt für die meisten Analysen heutiger Bundes- und Landtagswahl-Ergebnisse. Die Betrachtungen fallen häufig fehlerhaft und ungewollt sogar gelegentlich falsch aus, weil sie, wie das obige Beispiel veranschaulicht, bei der Analyse auf die Einbeziehung der sehr wichtigen Größe der Nicht-Wähler:innenschaft verzichten.

12. Wahlergebnisse 1919

12.1 Die Wahl zur Nationalversammlung 1919

Das Votum für die Weimarer Koalition, das »Bündnis« von SPD, DDP und Zentrum in der Deutschen Nationalversammlung, fiel in Hamburg überwältigend aus. Sie errang in der Stadt Hamburg in 311 von 321 Wahllokalen eine absolute Mehrheit. Diese Dominanz war 1919 nicht so ungewöhnlich für Großstädte im evangelischen Norden, denn in Altona und Kiel fielen die Ergebnisse in den Stimmbezirken ähnlich aus.⁸³ Nur in drei Hamburger Wahllokalen waren die DVP und DNVP zusammen stärker als alle anderen Parteien; diese drei lagen in den östlichen bürgerlichen Wohngebieten von Hohenfelde, Uhlenhorst und Eilbeck.⁸⁴

Für die Nationalversammlung ergibt sich flächendeckend ein Sieg der SPD, die fast die absolute Mehrheit aller Wahllokale eroberte. Ihre Hochburgen lagen im Südosten der Stadt, in den Stadtteilen Billwerder-Ausschlag, Billbrook, Horn, der Veddel sowie in Barmbek und Langenhorn.⁸⁵ Dagegen dominierten die bürgerlichen Parteien zusammen gezählt nur ungefähr ein Viertel der Stimmbezirke. Und nur der DVP gelang es in einem Stimmbezirk, für sich eine absolute Mehrheit zu erreichen. Die SPD profitierte dabei von der Mobilisierung ihrer Wählerschaft: Sie ist die einzige Partei, bei

83 Altona, mangels Angaben zur Anzahl der Wahlberechtigten in den Wahllokalen in gültigen Stimmen: in 2 von 101 Stimmbezirken (Sbz.) keine Mehrheit für SPD, DDP und Zentrum. In Kiel, in Prozent der Wahlberechtigten: in 11 von 128 Sbz. (ohne Militärstimmbezirke), keine Mehrheit.

84 Sbz. 244 (Hohenfelde): 44,5 % DVP, 7,6 % DNVP; Sbz. 228 (Uhlenhorst): 50,5 % DVP, 4,5 % DNVP; Sbz. 251 (Eilbeck): 45,9 % DVP, 11,5 % DNVP.

85 Die Ergebnisse in den Stadtteilen (Anteil der absoluten Mehrheiten in den Sbz./Gesamtzahl der Sbz.): Billwärder (16 von 16), Langenhorn (2 von 2). Barmbeck (32 von 39), Neustadt (14 von 22) Eimsbüttel (20 von 38).

der ein statistischer Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Wahlbeteiligung und ihrem eigenen Stimmenanstieg nachweisbar ist.⁸⁶

12.2 Die Bürgerschaftswahl 1919

Zwei Monate später, bei den Bürgerschaftswahlen am 16. März 1919,⁸⁷ kämpften die bisherigen Wahlsieger mit mehreren Problemen. So vermehrten sich die Anzeichen für eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Hamburg aufgrund der Versailler Friedensverhandlungen; eine Streikwelle trug zur Verschlimmerung der Situation bei. Zudem blieben auch den Wahlberechtigten die Entscheidungen und Diskussionen in der Nationalversammlung nicht verborgen, und es setzte eine gewisse Wahlmüdigkeit ein. Außerdem traten bei den Bürgerschaftswahlen nun 21 Listen an, da ein Teil der Wirtschaftsverbände versuchte, mit Einzellisten für bestimmte Berufsgruppen quasi eine ständische Vertretung im Landesparlament durchzusetzen. Die gemeinsame Parole dieses Hamburgischen Wirtschaftsverbandes (HWB) lautete: »Wir wollen Brot statt Politik« oder auch: »Wirtschaft über Politik ist unsere Lösung«.⁸⁸ Das damit zum Ausdruck gebrachte vordemokratische Politikverständnis wollten nicht einmal mehr die Deutschnationalen und die rechten Liberalen in Hamburg offiziell teilen.

Das Ergebnis fiel ähnlich wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung aus. Die SPD errang eine absolute Mehrheit der Mandate, die sie in eine gemeinsame Regierung mit den Liberalen einbrachte. Doch mussten die Liberalen, gefolgt von der SPD und den rechten Liberalen der DVP, Stimmverluste hinnehmen, und die Wahlbeteiligung sank um fast zehn Prozentpunkte.

Für die beiden liberalen Parteien liegt die Vermutung nahe, dass ihre Verluste einerseits auf das Konto der Nichtwählerschaft gingen, andererseits dem Hamburgischen Wirtschaftsverband zugutekamen. Die SPD dürfte Verluste zugunsten der Nichtwählerschaft eingefahren und Stimmern an die USPD verloren haben. Das ist als Indiz dafür zu werten, dass die SPD ihre Dominanz auf der kleinräumlichen Ebene, den Stimmbezirken, verlor. Sie erreichte nur noch in einem Drittel aller Wahllokale eine eigenständige absolute Mehrheit und in der Hälfte aller Wahllokale lediglich zusammen mit den Linken der USPD eine Mehrheit. Auch die bürgerlichen Parteien mussten leichte Verluste hinnehmen; sie errangen nur noch in einem Fünftel der Wahllokale gemeinsam die absolute Mehrheit, 1919 war dies noch in einem Viertel der Wahllokale der Fall. Die höhere Wahlenthaltung bei der Bürgerschaftswahl verschob also die Machtverhältnisse in Hamburg, ohne dass die politischen Parteien dies schon so deutlich wahrnahmen, wie es die wahlstatistische Analyse offenlegt.

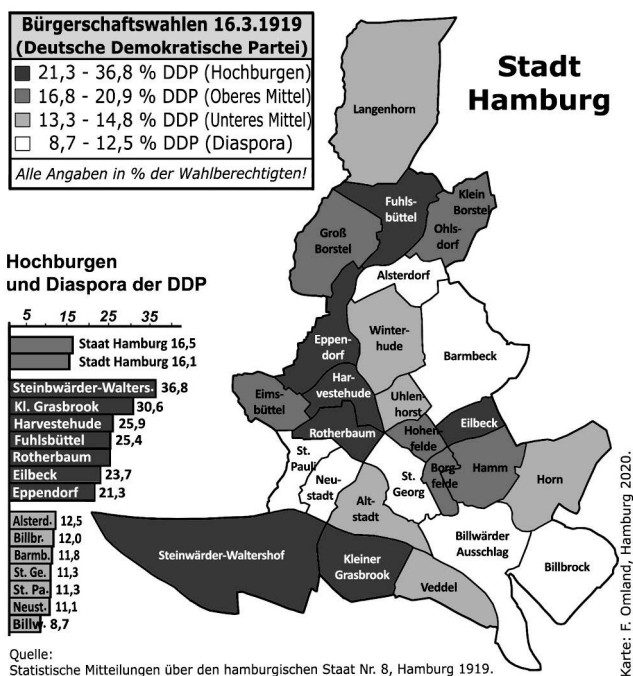
Die Karten (Abb. 7 und 8) zeigen die Hochburgen-Verteilung der rechten und linken Liberalen auf Stadtteil-Ebene; je dunkler die Farbe, desto besser das Ergebnis der Parteien. Der Vergleich zeigt: Die DDP dominierte weiterhin gegenüber ihrer stärksten Konkurrenz, der DVP, die selbst in ihren Hochburgen wie etwa Harvestehude und

86 F. Omland, Wahlen und Wählerwanderungen, S. 65-71.

87 Vgl. U. Büttner (1994): Politischer Neubeginn, S. 21-40.

88 HN, Abendausgabe vom 6.3.1919, Anzeige. Abbildung in U. Büttner (1994): Politischer Neubeginn, S. 35.

Abbildung 7: Bürgerschaftswahlen 16.3.1919. Die Wahlergebnisse der DDP (Stadt Hamburg/Stadtteile)



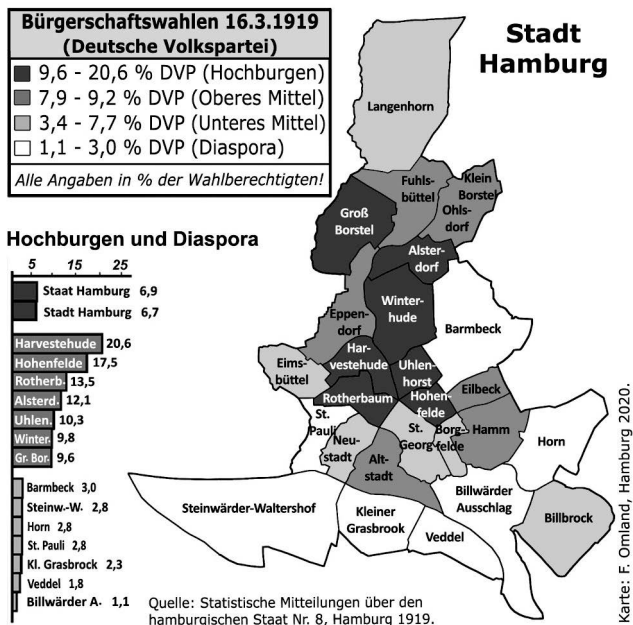
Hohenfelde nicht an der DDP vorbeiziehen konnte.⁸⁹ Doch schon im März 1919 deuten sich Entwicklungen an, die sich bis Juni 1920 verstärken sollten. Schaut man sich die 50 Stimmbezirke an, in denen alle bürgerlichen Parteien zusammengezählt die Arbeiterparteien dominierten, ergibt sich folgendes Bild: Hier ist die DDP zwar stärkste Partei, doch DNVP, DVP und der HWB haben zusammen schon mehr Stimmen als diese. Auf der Ebene der Stadtteile wird diese Tendenz noch deutlicher: In den Hochburgen in Uhlenhorst sind die rechten Liberalen tonangebend, ähnlich sieht es in Hohenfelde aus; in Harvestehude liegen sie Kopf-an-Kopf. In den 50 Stimmbezirken hatte die DDP den Kampf um die Mehrheiten im bürgerlichen Lager schon verloren und für die Reichstagswahlen im Juni 1920 sollte sich diese Tendenz fortsetzen.

12.3 Die Reichstagswahl 1920

Die erste Reichstagswahl fand am 6. Juni 1920 statt. Sie war ein Plebiszit über die neue deutsche Verfassung und über die Gesetzgebung der Nationalversammlung, an der Spitze die Gesetzgebung zu den Finanz- und Steuerreformen. Die Wahl fand vor dem Hintergrund des rechten Kapp-Lüttwitz-Putschversuches vom März 1920 und der

89 Stadtteilauswertung DDP/DVP, Harvestehude 25,9/20,6; Hohenfelde 20,3/17,5; (Billwälder 14,0/14,4; SPD: 38,5).

Abbildung 8: Bürgerschaftswahlen 16.3.1919. Die Wahlergebnisse der DVP (Stadt Hamburg/Stadtteile)



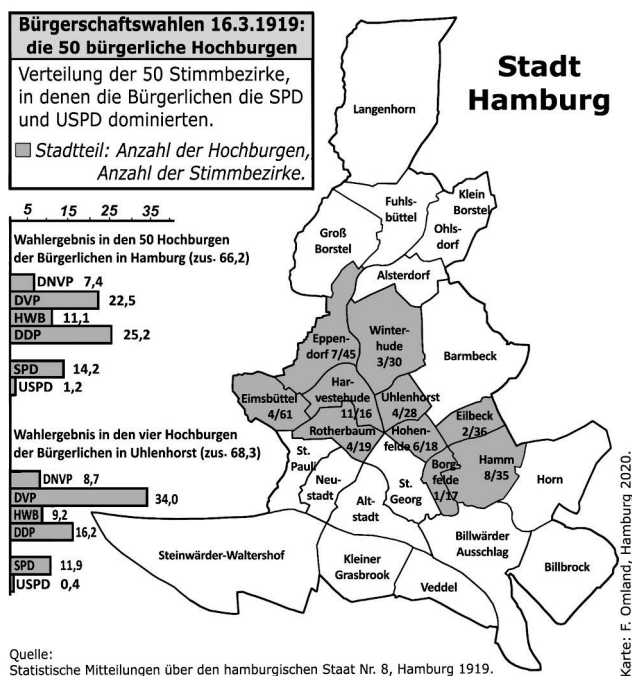
parteilichen Forderungen nach einem frühen Termin für die Reichstagswahl statt. Die Übergabe der Friedensbedingungen der Siegermächte des Ersten Weltkrieges Ende April 1920, die Abtretung von Nordschleswig an Dänemark im Zuge einer Volksabstimmung, die Bekämpfung einer kommunistischen Bewegung im Ruhrgebiet durch den Einmarsch der Reichswehr sowie die darauf folgende Besetzung des Gebietes durch Frankreich bestimmten den Wahlkampf im Juni 1920 entscheidend mit.⁹⁰ Wahlsieger waren die rechten Parteien sowie die linkssozialistische USPD, Wahlverlierer die Parteien der Weimarer Koalition.

In Hamburg führte der Zeitdruck für die Erstellung der Wählerlisten dazu, dass das Statistische Landesamt die Wählerlisten nicht von den 70.000 der statistisch erfassten Fortgezogenen und den verzeichneten 9000 Todesfällen hatte bereinigen können, weshalb es den Wahllokalen 54.000 Wahlberechtigte zuviel zuordnete.⁹¹ Das hatte Auswirkungen auf das offizielle Wahlergebnis, denn die Wahlbeteiligung wurde niedriger

90 Vgl. zum Wahlkampf 1920: Lau, Dirk: Wahlkämpfe in der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930, Baden-Baden 2018, S. 42-47. Zur Chronologie vgl. Schulz, Gerhard (Hg.): Weimarer Republik – Eine Nation im Umbruch, Freiburg/Würzburg 1987, S. 176-181.

91 Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat Nr. 10. Die Reichstagswahl am 6. Juni 1920 im 15. Wahlkreis (Hamburg). Hamburg 1920, Vorwort S. 2.

Abbildung 9: Bürgerschaftswahl 16.3.1919. Die bürgerlichen Hochburgen in der Stadt Hamburg (Stadtteile)

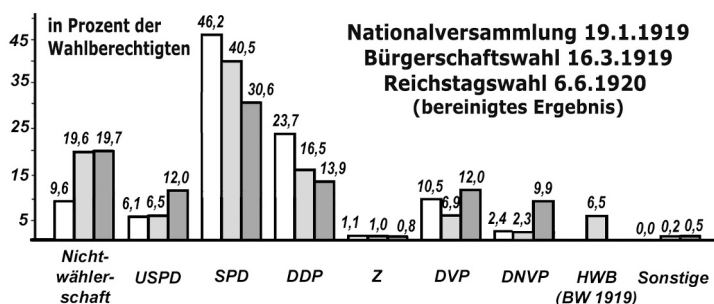


berechnet, als dies tatsächlich der Fall war. So wies die offizielle Statistik 25,5 % Nichtwähler:innen aus, während sich – bereinigt um die genannten 54.000 Wahlberechtigten – nur ein leichter Anstieg von 19,4 % auf 19,7 % ergeben hatte. Zwar verschoben sich die Verhältnisse der Parteien untereinander nicht, wie das hier darum bereinigte Endergebnis im Vergleich zeigt, doch auch in Hamburg kannte die Reichstagswahl 1920 klare Sieger und Verlierer: die Deutschnationalen, die Volkspartei (DVP) und die Unabhängigen Sozialdemokraten auf der einen, die Sozialdemokraten und die Liberalen auf der anderen Seite. Die Wahlenthaltung lag ungefähr auf dem Niveau vom März 1919.

Doch wie hoch fiel die Verschiebung in Richtung des rechten bürgerlichen Lagers tatsächlich aus? Dies lässt sich auf der Mikroebene der Stimmbezirke sehr gut ablesen, denn die Wahlniederlage der SPD spiegelt sich hier deutlich wider: Nur noch in elf Stimmbezirken erhielt sie die absolute Mehrheit der Stimmen der Wahlberechtigten. Und nur zusammen mit der Konkurrenz aus der USPD erreichten beide Arbeiterparteien in knapp 1/3 der Wahllokale eine absolute Mehrheit. Ähnlich sah es für die Weimarer Koalition aus Liberalen, Zentrum und SPD aus.⁹² Die offensichtliche Verschiebung der

92 Reichstagswahl vom 6. Juni 1920, 566 Stimmbezirke, davon absolute Mehrheiten in Prozent der Wahlberechtigten: SPD 11, SPD + USPD zusammen 187, Bürgerliche zusammen (DNVP, DVP, DDP u.a.) 125.

Abbildung 10: Wahlen 1919 und 1920: Vergleich der Stimmergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten



SPD-Dominanz in den Wahllokalen zugunsten der Linkssozialisten lässt sich flächendeckend belegen: Die Verluste der SPD standen in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu den Gewinnen der USPD, wobei die SPD nichtsdestotrotz weiterhin von allen Parteien die höchste Wählermobilisierung im eigenen Lager aufwies. Für das bürgerliche Lager ergab sich in knapp einem Viertel der Wahllokale eine absolute Mehrheit, wobei das Stimmengewicht sich deutlich in Richtung der rechten Parteien verschob. Die Volksparteiler und die Deutschnationalen gewannen die Wahlen, weil die Linksliberalen Stimmen verloren (und der Hamburgische Wirtschaftsbund nicht antrat).

Abschließend seien noch die Ergebnisse der Schätzungen zu den Wählerwanderungen von März 1919 auf Juni 1920 eingefügt, die mit Hilfe des Logit-Modells des dänischen Wahlforschers Sören Thomsen berechnet worden sind. Es handelt sich um ein mathematisches Modell, das die Übergangswahrscheinlichkeiten von Parteien zu Parteien berechnet und so die Verschiebungen im Wahlverhalten anschaulich macht.⁹³

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Liberalen zugunsten der DVP und DNVP Stimmen verloren, unter den Bürgerlichen die Deutschnationalen die größte Wahlabstinenz aufwiesen und die ehemalige Wählerschaft des HWB sich mehrheitlich für die rechten Parteien entschied. Auf Seiten der Sozialdemokratie gab es Verluste zugunsten der USPD, bei der USPD war es umgekehrt. Mehr als jede zehnte SPD-Stimme entfiel auf das Lager der Nichtwähler:innen. Dass auch die USPD von 1919 auf 1920 einen Stimmenrückgang verzeichnete, könnte auf eine Unzufriedenheit mit dem Thälmann-Kurs in Hamburg hindeuten. Die KPD spielte 1920 in Hamburg dagegen noch keine Rolle. Zudem fallen die Haltequoten, also der Anteil derjenigen, die von einer Wahl zur nächsten der Partei wieder ihre Stimme gaben, bei allen Parteien mit 35 bis 66 Prozent von 1919 auf 1920 bemerkenswert schwach aus. Als wichtigstes Ergebnis aber kristallisiert sich heraus, dass keine nennenswerten Wähler:innenwanderungen zwischen den bürgerlichen Parteien und den Arbeiterparteien zu verzeichnen sind. Da sich diese Tendenzen auch für Altona und Lübeck belegen lassen, liegt die Vermutung nahe, dass sich

93 Zu der Debatte um diese Modelle vgl. F. Omland (2019): Wahlen und Wählerwanderungen, S. 59–61.

Tabelle 6: Stadt Hamburg, 322 Gebiete (Bürgerschaftswahl 16.3.1919 auf Reichstagswahl 6.6.1920). Geschätzte Wählerwanderungen der Parteien (X = übrige Parteien)

Stadt Hamburg (Bürgerschaftswahl 16.3.1919 auf Reichstagswahl 6.6.1920) Geschätzte Wählerwanderung der Parteien (in Prozent; Zeilen)									
	DNVP 1920	DVP 1920	DDP 1920	SPD 1920	USP 1920	KPD 1920	X 1920	NW 1920	Gesamt
DNVP 1919	35	25	12	0	0	2	1	25	100
DVP 1919	32	60	4	0	0	0	0	4	100
DDP 1919	20	18	60	0	0	0	0	2	100
HWB 1919	29	35	10	0	0	2	1	24	101*
SPD 1919	0	0	2	66	19	1	1	11	100
USPD 1919	0	0	1	18	52	1	1	27	100
X 1919	7	6	10	2	1	4	8	62	100
NW 1919	4	4	6	1	0	3	2	80	100

Rundungsbedingt über 100. Lesebeispiel: Von allen Wahlberechtigten, die bei der Bürgerschaftswahl 1919 für die DVP gestimmt hatten, stimmten 1920 knapp 1/3 für die Deutschnationalen und 60 % wieder für die DVP. Auf Seiten der SPD stimmten 2/3 wieder für diese, fast jede fünfte Stimme entfiel auf die USPD und mehr als 10 % enthielten sich der Stimme.

darin ähnliche Entscheidungsmuster im Verhalten der Wahlberechtigten in den evangelisch geprägten Großstädten widerspiegeln.⁹⁴

13. Das Stimmverhalten der Soldaten

Die politischen Positionen unter den Soldaten werden in der Regel aus den Wahlergebnissen zum Ersten Reichsrätekongress abgeleitet. Dieser tagte im Dezember 1918 in Berlin und die überwältigende Mehrheit der gewählten Delegierten vertraten die SPD.⁹⁵ Interessanter sind dagegen die Wahlergebnisse in den Kasernen und in den Militärstimmbezirken. In Hamburg gingen die Soldaten zumeist schon in ihren Wohnbezirken wählen, so dass hier sowohl die Altonaer Ergebnisse als auch die aus Kiel und Oberbayern zum Vergleich herangezogen werden können. Da für Altona keine Angaben über die Anzahl der Wahlberechtigten vorliegen, seien hier aus Vergleichsgründen auch die Ergebnisse jeweils in abgegebenen gültigen Stimmen, d.h. ohne Berücksichtigung der Soldaten, die nicht zur Wahl gegangen sind, dargelegt.⁹⁶ In Hamburg und

94 Vgl. dazu F. Omland[Jahr], Wahlen und Wählerwanderungen, S. 87. Für Kiel erschweren fehlende Wahlberechtigten-Ziffern und die sehr starke Veränderungen der Stimmbezirksgrenzen eindeutige Aussagen.

95 Roß, Sabine: Biographisches Handbuch der Reichsrätekongresse 1918/19, Düsseldorf 2000, S. 65f. (Militärverhältnisse: 31 % im WK I gewesen); dieselbe, S. 82f.: 65,3 bzw. 56,0 für MSPD. 20,7/21,4 für USPD.

96 Die Stimmenergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten lauteten: Hamburg/Kiel (USPD: 4,1/6,6; SPD: 39,0/16,2; DDP 13,3/8,8; DVP 5,1/2,4; DNVP 0,3/2,2; Z 1,1/1,6; NW 37,0/62,3), Oberbayern (USP 3,7; SPD 38,5; DDVP 2,0; BdBO 5,5; BVP 2,8; Sonstige 0,6; NW 46,2).

Altona wählten die Soldaten zumeist die SPD, gefolgt von den Liberalen, während die USP, DNVP und DVP abgeschlagen auf den weiteren Plätzen folgten. Letztere sind vielleicht von der eher bürgerlichen Militärverwaltung bzw. den Berufsoffizieren gewählt worden.

Tabelle 7: Wahlen zur Nationalversammlung 19.1.1919: Wen wählten die Soldaten in den Kasernen/Militärstimmbezirken? (in Prozent der Wahlberechtigten/in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen)

Wahlen zur Nationalversammlung, 19. Januar 1919 Wen wählten die Soldaten in den Kasernen und Militärstimmbezirken? (in Prozent der Wahlberechtigten / in abgegebenen gültigen Stimmen)									
	DNVP 1919	DVP 1919	DDP 1919	SPD 1919	USP 1919	Z 1919	X 1919	NW 1919	Abs. 1919
Hamburg	0,3	5,1	13,3	39,0	4,1	1,1	-	37,0	397
Kiel	2,2	2,4	8,8	16,2	6,6	1,6	-	62,3	7.726
Altona	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	3.562
Oberbayern	5,5	-	2,0	38,5	3,7	2,8	0,6	46,2	12.589
	DNVP 1919	DVP 1919	DDP 1919	SPD 1919	USP 1919	Z 1919	X 1919	AS 1919	Abs. 1919
Hamburg	0,5	8,1	21,2	62,0	6,6	1,8	-	63,0	397
Kiel	5,7	6,5	23,3	42,9	17,4	4,3	-	37,7	7.726
Altona	3,0	5,1	21,2	61,3	7,8	1,2	-	k.A.	3.562
Oberbayern	10,3*	*	3,8*	72,5	7,0	5,3*	1,1	53,8	12.589

Hinweis: in Oberbayern traten weder DNVP, DVP noch DDP bzw. Z (Zentrum) an, stattdessen waren es der Bund der Berufsoffiziere, die DDVP (als gemeinsame Liste von DVP und DDP) sowie die BVP anstelle des Z.

Vergleicht man diese Resultate mit Zahlen aus der Stadt der Novemberrevolution, Kiel und den bayerischen Kasernen und Lazaretten, so sind die Ergebnisse zu differenzieren: So erlangte die in Oberbayern auftretende Liste der Berufsoffiziere 10 % der gültigen Stimmen, während unter den Marinesoldaten in Kiel die Zustimmung für die USPD deutlich über dem Niveau der Heeresangehörigen Altonas, Hamburgs und Oberbayerns liegt.

Die große Masse der Soldaten aber fehlte an der Wahlurne. Es ist davon auszugehen, dass sich ein Großteil der Soldaten während der Wahlen auf der Reise zu ihrem Heimatort befanden, oder alternativ versuchten, irgendwo außerhalb der Kasernen wählen zu gehen. Die niedrige Wahlbeteiligung der jungen Männer bis 25 Jahren lässt sich wahrscheinlich auf diese Zusammenhänge zurückführen. Zusammenfassend ergibt sich das Bild, dass die Angehörige von Heer und Marine den Kurs der SPD unterstützten und eine kleine, radikalere Minderheit in der Marine überdurchschnittlich häufiger der USPD ihre Stimme gab. Diese Zahlen unterstützen jene Meinung, die davon ausgeht, dass es im Januar 1919 unter den Soldaten reichsweit eine Mehrheit für den Kurs der SPD und den Aufbau einer repräsentativen Demokratie gab; und dass gleich-

zeitig eine Minderheit, insbesondere unter den Marineangehörigen, das Staatsmodell der USPD, also ein Rätemodell, bevorzugte.

14. Das Abstimmungsverhalten der weiblichen Wahlberechtigten

Anlässlich des 100. Jahrestages des Frauenwahlrechts erinnerten Öffentlichkeit und Historiker:innen daran, dass Frauen im Januar 1919 zum ersten Male in Deutschland das Wahlrecht ausübten. Lars-Broder Keil und Sven Kellerhoff heben hervor, dass die nach Geschlechtern ausgezählten Wahlergebnisse vielen Erwartungen zuwiderliefen: »Wahrscheinlich ist auch, dass die Ergebnisse aus den sehr katholischen Stimmbezirken Köln, Bruchsal, Waldkirch und Haslach sowie dem protestantisch geprägten Neustadt in Holstein zumindest dem Trend nach für das ganze Reich galten. Demnach erzielte das katholische Zentrum bei Frauen höhere Ergebnisse als bei den Männern. [...] Umgekehrt stimmten Frauen deutlich seltener für die SPD als Männer. Bei aller gebotenen Vorsicht kann man annehmen, dass ohne Frauenwahlrecht wohl die SPD und ihre linke Abspaltung USPD eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung bekommen hätten.«⁹⁷ Im Ausstellungskatalog »Damenwahl. 100 Jahre Frauenwahlrecht« finden sich bei Julia Paulus ähnliche Aussagen: »Bei der Wahl zur Nationalversammlung entschied sich doch die Mehrheit der weiblichen Wähler – wie vor allem später bei den folgenden Reichs- und Landtagswahlen durch Sonderzählungen festgestellt wurde – entgegen der Hoffnung der langjährigen Befürworterinnen des Frauenstimmrechts vornehmlich für konservative, der politischen Partizipation von Frauen gegenüber eher skeptisch eingestellten Parteien. Danach erzielten das katholische Zentrum und die protestantisch-konservative Deutschnationale Volkspartei bei Frauen höhere Ergebnisse als bei den Männern; umgekehrt stimmten Bürgerinnen deutlich seltener für die SPD als Männer.«⁹⁸

Die o.g. Annahmen beruhen meines Erachtens einerseits auf der Übertragung von Ergebnissen aus geschlechterdifferenzierten Auszählungen späterer Wahlen auf das weibliche Wahlverhalten im Jahr 1919; andererseits auf der unzutreffenden »Analyse« der wenigen Daten, die für 1919 überliefert worden sind. Nicht selten wird auf Quellenangaben völlig verzichtet.⁹⁹

Die erste Fehlerquelle entsteht aus den sachlich nicht gerechtfertigten Rückschlüssen anhand 1. der nach Geschlechtern getrennten Auszählungen von 1919 in einigen wenigen Städten des Deutschen Reich und 2. der Übertragung einer nicht repräsentativen Stichprobe zur Reichstagswahl 1920 ex post auf die Ergebnisse der ersten demokrati-

97 Keil, Lars-Broder/Kellerhoff, Sven Felix: Stimmzettel. 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, in: dbbmagazin. November 2018, S. 1; Keil, Lars-Broder/Kellerhoff, Sven Felix: Lob der Revolution. Die Geburt der deutschen Demokratie, Darmstadt 2018, S. 128. (Beide Aussagen jeweils ohne Quellenangabe).

98 Paulus, Julia: »Die Parteien und die Frauen«, in: Damenwahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht. Herausgegeben von Dorothee Linnemann, Frankfurt 2018, S. 161.

99 Keil/Kellerhoff (2018): 100 Jahre Frauenwahlrecht, S. 128. (Ohne Quellenangabe).

schen Wahlen von 1919.¹⁰⁰ Doch halten diese Daten einer genaueren Überprüfung für die Behauptungen zum Frauenwahlverhalten stand? Schon die zeitgenössischen Kommentierungen in den Zeitungen fallen 1919 durchaus unterschiedlich aus. Für den überwiegend protestantisch geprägten Norden Deutschlands bezweifelte schon im Juli 1919 Franz Mataré diese Behauptungen.¹⁰¹ In einer kurzen Analyse, die 29 Wahlkreise mit knapp 14 Millionen Wahlberechtigten einbezog, konstatierte er bei der Stimmenverschiebung vom Kaiserreich zur Weimarer Republik Verluste der Konservativen und der beiden liberalen Parteien sowie Zugewinne der Arbeiterparteien ebenso wie die Stabilität des katholischen Zentrums.¹⁰² Für das Wahlverhalten der Frauen kam er zu dem Schluss: »in dem überwiegend katholischen West- und Süddeutschland nahmen verhältnismäßig wenig, in dem überwiegend protestantischen Norddeutschland auffallend viel Frauen an der Wahl teil.«¹⁰³ In einem weiteren Schritt formulierte er die Hypothese, dass aufgrund der deutlich höheren Wahlbeteiligung in einer sozialistischen und liberalen Hochburg (Wahlkreis 29, Leipzig) und einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung im katholisch geprägten Wahlkreis 20 (Cöln-Aachen) von einer vermehrten Stimmenabgabe von Frauen für USPD, SPD und DDP auszugehen wäre.¹⁰⁴ Die methodischen Schritte von Mataré sind alle nachvollziehbar, doch ob seine Kernaussagen repräsentativ für weibliches Wahlverhalten in den evangelischen Gebieten sind, muss mangels weiterer Quellenbelege zunächst offen bleiben.

Welche Daten stehen uns zur Überprüfung der Frage nach dem Wahlverhalten der Frauen zur Verfügung? Legen wir die reichsweite Statistik zugrunde, ist festzustellen, dass auch hier die Ergebnisse mit Fragen zu versehen sind, da hier für drei Wahlkreise (Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Thüringen) die Angaben zu den Wahlberechtigten fehlen. Ohne diese einzubeziehen, ergibt sich ein Verhältnis von 17,7 Millionen Frauen zu 15 Millionen Männern (Deutsches Reich: 54 % Frauen/46 % Männer; Hamburg 55 % zu 45 %). Es müssen jedoch der Vollständigkeit halber schätzungsweise weitere 3 bis 4 Millionen Wahlberechtigte für die drei obigen Wahlkreise hinzugezählt werden, wobei über den dortigen zahlenmäßigen Anteil der Männer und Frauen keine Aussagen ge-

100 In der Regel beziehen sich die Autorinnen und Autoren auf die Veröffentlichung von Bremme, Gabriele: *Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament*. Göttingen 1956. Zu den späteren Wahlergebnissen, die als Vergleichsfolie herangezogen wurden, vgl. Hartwig, [nomennescio]: *Wie die Frauen im Deutschen Reich von ihrem politischen Wahlrecht Gebrauch machen*, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*. Hg. von Zahn, Friedrich, 17. Band, Jena 1928, S. 497-512; *Wirtschaft und Statistik*, hg. vom Statistischen Reichsamt, Jahrgang 1, Nr. 1, Januar 1921, Berlin 1921, S. 150-151 (*Wie Frauen wählen*); *Wirtschaft und Statistik*, Jg. 1, Nr. 5, Mai 1921, Berlin 1921, S. 200 (*Der Anteil der weiblichen und männlichen Wähler*).

101 Mataré, Franz: »Statistik der Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung vom 19. Januar 1919«. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 113. Band, III. Folge, 58. Band. Erstes Heft, Jena, Juli 1919, S. 346-358.

102 Ebd., S. 354. [Aus heutiger Sicht eher befremdlich sind die Bewertungen und Zuschreibungen von Mentalitäten der Bewohner:innen des Deutschen Reiches, FO].

103 Ebd., S. 351.

104 Ebd., S. 356-357.

macht werden können.¹⁰⁵ Im Deutschen Reich waren 1919 also mehr als 32,7 Millionen Menschen wahlberechtigt, vermutlich 36 bis 37 Millionen Menschen; was bei einem Verhältnis von circa 54 % Frauen und 46 % Männern ungefähr einer Zahl von 19,4 bis 20,0 Millionen wahlberechtigter Frauen entspricht. Insgesamt können wir für knapp 33 Millionen Menschen die altersdifferenzierte Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen unterscheiden. Dagegen waren 1919 geschlechtergetrennte Auszählungen der Wahlergebnisse die absolute Ausnahme: Die Aussagen zum Wahlverhalten der Geschlechter beruhen auf Auswertungen der folgenden Gebiete bei den Wahlen zur Nationalversammlung für den 19.1.1919: Neustadt in Holstein (2700 Wahlberechtigte = WB, evangelisch geprägtes Gebiet); Köln (447.000 WB, katholisch geprägt); Bruchsal in Württemberg (9000 WB, kath.); Ansbach (12.000 WB, kath.) und Regensburg in Bayern (29.000 WB, kath.). Hinzu kommen noch 104 Stimmbezirke aus 31 Gemeinden in Bayern, bei denen zur Landtagswahl am 12.1.1919 geschlechtergetrennte Auszählungen stattfanden (155.500 WB, kath.). In der Summe sind dies 2700 evangelische und 497.000 bis 611.500 katholische Wahlberechtigte. Die Ergebnisse für Ansbach und Regensburg wurden jeweils bei beiden Wahlen ausgezählt.¹⁰⁶

Natürlich sind die Ergebnisse für die jeweiligen Gebiete und Gemeinden repräsentativ, doch lassen sich diese weder qualitativ noch quantitativ auf die gesamte Wahlbevölkerung übertragen, schon gar nicht auf die Gebiete mit überwiegend evangelischer Bevölkerung. Aus Platzgründen kann an dieser Stelle nicht vertiefend auf die Probleme in der Übertragung auf die Ergebnisse in den nicht-repräsentativen katholischen Gebieten eingegangen werden. Modellrechnungen aufgrund des gut überlieferten Datensatzes zur bayerischen Landtagswahl am 12.1.1919, der 3,91 % der dortigen Wahlberechtigten umfasste, kommen zu dem Ergebnis, dass der Anteil der weiblichen Stimmen bei der Übertragung auf Bayern insgesamt überschätzt, die Ergebnisse für die USPD, die rechten Liberalen und den Bayerischen Bauernbund, bezogen auf das Geschlechter-Wahlverhalten, stark unterschätzt, die für die SPD, die Liberalen und die Bayerische Volkspartei dagegen überschätzt würden. Anders ausgedrückt: Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ und erklären nicht das Wahlverhalten der Geschlechter in Bayern bei der Landtagswahl 1919.¹⁰⁷ Meines Erachtens bestehen also begründete

105 Vgl. Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 28. Jg., 1919, Erstes Ergänzungsheft. Die Wahlen zur verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919, Berlin 1919, S. 18-19 und S. 24-25. Die geschlechtergetrennte Auszählung der Wahlbeteiligung (nicht: des Wahlverhaltens!) erfasste 32,7 Millionen Wahlberechtigte in 33 Wahlkreisen (einschl. einer Auszählung im Wahlkreis Posen für den ansonsten aber die Anzahl der Wahlberechtigten nicht vorliegt), die Gesamtstatistik 34,05 Millionen. Für die fehlenden drei Wahlkreise liegen unterschiedliche Schätzungen vor (Schleswig-Holstein, Thüringen und Ostpreußen bzw. die Gesamtziffer für Posen). Für Schleswig-Holstein gehe ich derzeit von etwa 1 Million Wahlberechtigten aus.

106 Zu den Zahlen vgl. Bremme (1956): Die politische Rolle der Frau in Deutschland, S. 231-239, und Hartwig (1928): Wie die Frauen im Deutschen Reich von ihrem politischen Wahlrecht Gebrauch machen; S. 497-512. Dirk Hänisch, Bonn, verdanke ich den Hinweis, dass auch für Oberhausen und Wiesbaden Ergebnisse vorliegen; vgl. ders., schriftliche Mitteilung an den Autor vom 25.7.2021.

107 Eigene Berechnungen nach Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts. 51. Jg., München 1919, S. 874-883, S. 890-898 sowie die allgemeinen Übersichten S. 603-610. Verhältnis der Gesamtbevölkerung: Auf je 100 Männer gab es 103,8 Frauen bzw. auf je 100 Frauen 96,3 Männer. Verhältnis

Zweifel, dass die Ergebnisse der Auszählungen nach Geschlechtern im Jahr 1919 überhaupt auf die katholischen Gebiete übertragbar sind. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn sich die historische Wahlforschung dieser Thematik einmal vertiefender widmen würde.¹⁰⁸

Noch absurder ist es, das Neustädter Ergebnis einer Kleinstadt in Holstein mit 2700 Wahlberechtigten, als Gradmesser für evangelische Gebiete zu nehmen. Neustadt ist weder für den ländlichen Raum Schleswig-Holsteins repräsentativ, geschweige denn sind die Ergebnisse der Wahlen dort auf alle evangelischen Gebiete im Deutschen Reich übertragbar. Hier wurden insgesamt nur für vier Parteien Stimmen abgegeben, nämlich für die SPD, die DDP, DVP und für die DNVP. Das Zentrum, die SHBLD und die USPD gingen vollkommen leer aus. Dies lag an regionalen Besonderheiten; die USPD erhielt im gesamten Kreis Oldenburg i.H. keine einzige Stimme, das Zentrum insgesamt nur 10 Stimmen! Das Wahlverhalten in Neustadt reduziert sich quantitativ sogar auf Stimmen für drei Parteien, denn die DVP erhielt nur 16 Stimmen und lag damit unter einem Prozentpunkt.¹⁰⁹

Schon diese wenigen Ausführungen genügen, um zu verdeutlichen, dass die Ergebnisse für Neustadt weder in der Tendenz noch in der Repräsentativität auf die evangelischen Gebiete übertragen werden können, will man verfälschte Ergebnisse vermeiden.¹¹⁰

Eine weitere Quelle zum geschlechterdifferenzierten Wahlverhalten beruht auf einer kurzen Meldung des statistischen Reichsamtes von 1920. Anhand einer nicht genauer ausgeführten Teilauszählung in 18 Wahlkreisen (576.000 Wahlberechtigte) kam man zu dem Schluss, dass die abgegebenen weiblichen Stimmen in der Mehrheit dem katholischen Zentrum, dort DVP und der DNVP, galten, in weitaus geringerem Maße entfiel der Anteil der Stimmen auf KPD, SPD und die Liberalen.¹¹¹ Es ist nicht überliefert, auf welche Gemeinden sich dieser Datensatz bezieht, das Ergebnis lässt sich also

der Wahlberechtigten: Auf je 100 Männer gab es 116,2 Frauen bzw. auf je 100 Frauen je 86,9 Männer.

108 Dirk Hänisch, Bonn, erstellt aktuell einen sehr umfangreichen Gemeindedatensatz mit dem die Wahlen von 1912, 1919 und 1920 längsschnittlich miteinander verglichen werden können. Seiner Meinung nach dürften die erhaltenen geschlechterdifferenzierten Auszählungen der Tendenz nach für die katholischen Gebiete plausibel sein. (Schriftliche Mitteilung vom 25.7.2021).

109 Zur Wahlbeteiligung und der Stimmverteilung der Männer und Frauen vgl. Hartwig (1928): Wie die Frauen im Deutschen Reich von ihrem politischen Wahlrecht Gebrauch machen, S. 502 und 509. Bisher ausgewertete Zeitungsquellen widersprechen sich in der Wiedergabe der Ergebnisse der SPD. Im Stadtarchiv Neustadt lagen dazu keine Materialien vor. Die beiden Zeitungsquellen weichen um 90 Stimmen bei der SPD ab, eine rechnerisch sehr hohe Diskrepanz; zum Gesamtergebnis vgl. Landesarchiv Schleswig (LAS) 301/5407; Neustädter Tageblatt vom 20.1.1919 »Die Wahlen zur Nationalversammlung«, (838 SPD); Lübecker Volksbote vom 27.1.1919 »Wie haben die Frauen am 19. Januar gestimmt?« (Darin: 499 Stimmen der Männer und 429 Stimmen der Frauen für die SPD).

110 Zu Schleswig-Holstein vgl. Omland, Frank: »Wie ihr wählt, so wird regiert!«. Wahlen, Wählerherkünfte und Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein 1919-1924«. In: Zeitschrift zur Schleswig-Holsteinischen Geschichte (Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte) 132 (2007), S. 133-176.

111 Wirtschaft und Statistik, hg. vom Statistischen Reichsamt, Jahrgang 1, Nr. 1, Januar 1921, Berlin 1921, S. 150-151 (Wie Frauen wählen). – Wirtschaft und Statistik, Jg. 1, Nr. 5, Mai 1921, Berlin 1921, S. 200 (Der Anteil der weiblichen und männlichen Wähler).

Tabelle 8: Ergebnisse der Wahlen in Neustadt/Holstein zur Nationalversammlung am 19.1.1919

Neustadt in Holstein Nationalversammlung 19.1.1919								
	AS	SPD	USPD	DDP	DVP	SHBLD	DNVP	Z
Männer	82,7	44,4	0,0	48,4	0,5	0,0	6,5	0,0
Frauen	81,2	35,2	0,0	54,1	0,9	0,0	9,5	0,0
Männer	k.A.	499	0	628	11	3	110	0
Frauen	k.A.	429	0	467	5	1	63	0
Gesamt	k.A.	928	0	1095	16	4	173	0

Legende: Spalte 1 und 2: in %; Spalte 3 und 4 in absoluten Zahlen

ebenfalls nicht überprüfen. Trotzdem werden die Aussagen in der Retrospektive sowohl von den Zeitgenossen als auch in der aktuellen Geschichtsforschung immer noch für die Interpretation des Verhaltens von Frauen bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 genutzt. Die vorgetragene kritische Analyse der Ergebnisse zeigt jedoch, dass eine solche Herangehensweise weder für das Deutsche Reich 1919 noch für Hamburg 1919 plausible und valide geschlechterdifferenzierte Ergebnisse hervorbringt. Im Gegenteil, wir können mit seinerzeitigen Wahlanalysen und Schlüssen über das Wahlverhalten von Frauen und Männern von 1920 die sehr guten Ergebnisse für die SPD und DDP 1919 nicht erklären. Wenn tatsächlich sehr viel mehr Frauen das Zentrum, die DVP und die DNVP gewählt haben, hätten die Wahlergebnisse deutlich zugunsten der letzten beiden Parteien und des Zentrums ausfallen müssen; dies ist aber nicht der Fall.¹¹²

Die bisherigen Aussagen und Schlüsse zum Wahlverhalten der Geschlechter beruhen sowohl für 1919 als auch für 1920 auf einer verschwindend kleinen Datenbasis. Sie beruhen auf der fälschlichen Annahme, die Wahlergebnisse aus katholischen Gebieten auf Gebiete mit überwiegend evangelischer Bevölkerung als übertragbar anzusehen. Doch diese verallgemeinerten Annahmen halten einer Überprüfung an den tatsächlichen Verhältnissen nicht stand.

Die Ergebnisse lassen für die ländlicheren Gebiete Schleswig-Holsteins eher den Schluss zu, dass Frauen 1919 ein deutlich anderes Wahlverhalten gezeigt haben als bei den nachfolgenden Urnengängen. Angesichts des vergleichsweise stärkeren Anteiles der Wählerinnen gegenüber den Wählern sind die sehr guten Wahlergebnisse für die SPD und DDP ein starkes Indiz dafür, dass deutlich mehr Frauen diese Parteien gewählt haben, als bislang behauptet. Auch für Hamburg spricht einiges dafür, dass es

112 Eigene Berechnungen für das Deutsche Reich für alle Wahlkreise in denen die Wahlbeteiligung nach Geschlechtern überliefert worden ist bzw. dasselbe angewandt für die Hamburger Statistik.

hier ein ähnliches Verhalten der Frauen gegeben hat.¹¹³ Nach den Daten, die Karen Hagemann zur Frage des zeitgenössischen Streits um die Bewertung der Frauen und ihrer Wahlentscheidungen für Hamburg am Beispiel der SPD gesammelt hat, ergibt sich ein anderes Bild. Laut Hagemann behauptete die Parteispitze wiederholt, dass Frauen für die Wahlerfolge der christlich-konservativen Parteien verantwortlich seien und MSPD und USPD ohne das Frauenwahlrecht in der Nationalversammlung die Mehrheit habe erhalten können. Erst im Verlauf der 14 Jahre Weimarer Republik machten sich Sozialdemokratinnen daran, dieses Narrativ zu hinterfragen, die statistischen Quellen zu überprüfen und differenziertere, die Lebenswirklichkeit der Frauen einbeziehende Analysen zum weiblichen Stimmverhalten einzufordern. Hagemann kommt für die Zeit von 1919 bis 1933 zu dem plausiblen Schluss:

[A]uch im sozialdemokratischen Milieu war die politische Beeinflussung durch das Umfeld erheblich. Nicht nur die Parteigenoss[inn]en wählten selbstverständlich SPD, sondern meist auch deren nichtorganisierte Familienangehörige. Dies galt vor allem für die Ehefrauen sozialdemokratischer Arbeiter. Demgemäß entsprach in den großstädtischen Hochburgen der Arbeiterbewegung der Anteil der Frauenstimmen für die SPD annähernd der Männerstimmen bzw. übertraf ihn gar.¹¹⁴

Um diese Ergebnisse zu festigen, müssen sich zukünftige Forschungen gerade für die evangelischen Gebiete auf die Suche nach weiteren geschlechterdifferenzierten Datensätzen machen, denn ohne eine deutlich größere statistische Datenbasis sind plausible und valide Aussagen zum Wahlverhalten der Frauen im evangelischen Norden faktisch nur schwer bis gar nicht möglich.¹¹⁵

15. »Wie wählen wir am besten?«

Das eingangs erwähnte Vortragsthema von Bertha Wendt bei einer Wählerversammlung auf der Hamburger Veddel lässt sich zum einen als Bildungsangebot in der neuen

113 Die einzige größere Auszählung nach Geschlecht ist für die Bürgerschaftswahl am 26. Oktober 1924 auf der Ebene der Stadtteile überliefert. Das Verhältnis der Wahlberechtigten lag bei 52,9 % Frauen zu 47,1 % Männer. Von den Männern gingen 68,4 % zur Wahl, von den Frauen 62,6 %. Der SPD-Stimmanteil in Prozent der wahlberechtigten Frauen/Männer lag bei 80.730 bzw. 81.554 und in den folgenden Stadtteilen stimmten mehr Frauen als Männer für die SPD: Harvestehude (12,5/8,5), Eppendorf (22,0/21,5), Groß Borstel (18,7/18,2), Langenhorn (41,5/37,2), Klein Borstel (22,6/20,1; auch der einzige Stadtteil mit mehr Frauen- als Männerstimmen für die KPD: 4,3/3,6), Ohlsdorf (20,3/20,0), Winterhude (26,0/24,7), Barmbeck (30,0/29,2), Uhlenhorst (22,3/21,3), Hohenfelde (13,3/12,7), Borgfelde (25,0/24,6), Hamm (23,7/23,3). Eigene Berechnungen nach Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat Nr. 16, Hamburg 1924, S. 80–81.

114 Hagemann (1990): Frauenalltag und Männerpolitik, S. 552–560, das Zitat ebd., S. 560.

115 Jürgen W. Falter und Dirk Hänisch arbeiten z. Zt. an einer Publikation, in der u.a. auch die geschlechterdifferenzierten Wahlergebnisse zur Nationalversammlung 1919 analysiert werden. Aktuell sind dort für Köln, Regensburg, Oberhausen, Gladbeck, Ansbach, Bruchsal, Neustadt i.H., Spandau und Wiesbaden nach Geschlechtern erfolgte Stimmauszählungen aufgenommen worden. Falter geht davon aus, dass diese der Tendenz nach die evangelischen und katholischen Gebiete widerspiegeln. Schriftliche Mitteilung an Verf. vom 13.11.2021.

Demokratie lesen, zum anderen als rhetorische Frage, denn natürlich ging es der Rednerin um Stimmen für die DDP.¹¹⁶ Tatsächlich scheinen sich die Hamburger Wahlberechtigten bei den nachfolgenden Wahlen eine ähnliche Frage gestellt und sich entsprechend entschieden zu haben: Die Enttäuschung über die außenpolitische Lage und die Regierungspolitik von DDP und SPD kostete beide Parteien 1920 ihre Mehrheit, und die Wähler:innen wandten sich den anderen Möglichkeiten auf dem Stimmzettel zu oder gingen nicht mehr an die Wahlurne. Interessanterweise beruht die Reaktion von Dr. Carl Petersen, einem der führenden Politiker der DDP in Hamburg und Vorsitzender der Partei auf Reichsebene, auf einer wenig ausgefeilten politischen Analyse der Wahlniederlage. Im Vorstand machte man organisatorische Schwächen, eine Vereinnahmung der Beamten durch die SPD und die Verbürgerlichung der SPD [und damit die Konkurrenz durch diese!] für die Niederlage verantwortlich.¹¹⁷ Das Protokoll des Vorstands vom 10. Juni 1920 vermerkt zu den Äußerungen von Petersen: »Auf die Gründe des Wahlresultats heute einzugehen und rückschauende Betrachtungen anzustellen, hält er nicht für zweckmäßig. Er hält es für absolut notwendig, daß dem Volke bis zum äußersten demonstriert wird, wie unsinnig der Ausfall der Wahlen ist.«¹¹⁸ Angesichts der Höhe der Niederlage und angesichts dieser Kritik, die sich auf die mangelnde Wahldisziplin bezieht, entsteht der Eindruck eines noch sehr wenig ausgeprägten Verständnisses hinsichtlich der Entscheidungsfreiheit der Wähler:innen. Aus Sicht vieler Wahlberechtigter war die Stimmabgabe für die DDP in dem Sinne »unsinniger« geworden, als sie sich von den anderen bürgerlichen Parteien eine effektivere politische Vertretung ihrer Interessen versprochen.

Für den anderen großen Wahlverlierer, die Hamburger SPD, markierte das Wahlergebnis 1920 den Verlust der bisherigen flächendeckenden Dominanz und Meinungsführerschaft in den Wahllokalen. Hier stellt sich die Frage, ob dies allein durch die reichsweiten Entwicklungen hervorgerufen wurde, oder nicht auch die Politik der SPD vor Ort dazu beigetragen hatte. So hatte die SPD-Führung in Hamburg 1919 trotz der erzielten absoluten Mehrheit entschieden, liberale und traditionelle bürgerliche Eliten an der Macht zu beteiligen. Der Verzicht auf das Amt des Ersten Bürgermeisters sowie auf wichtige Ämter im Senat, das ausdrücklich gesuchte Bündnis mit den liberalen Demokraten und den alten Herrschaftseliten entsprachen weder der eigenen klassenkämpferisch-antibürgerlichen Rhetorik noch den Erwartungen der Anhängerschaft. Es ist zu vermuten, dass bei einem größeren Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft sich Enttäuschung breitmachte und dies zu den vielen Wahlenthaltungen und dem Wechsel zur USPD beitrug. Es muss offenbleiben, ob bei einer Alleinregierung der SPD sich diese Wähler:innengruppen mehrheitlich weiter zur Partei bekannt hätten. Die These von Ursula Büttner, dass die tatsächliche Politik der SPD maßgeblich zur Stabilität der Verhältnisse in Hamburg in der Weimarer Republik beigetragen hat, ist zwar plausibel, bezieht aber die im obigen Sinne gestellte »Was wäre gewesen, wenn...«-Frage zu wenig in die Überlegungen ein. Die SPD erreichte – trotz eines Anstiegs der Anzahl

116 Anzeige der DDP im Hamburger Fremdenblatt (HF), Abendausgabe vom 4.1.1919.

117 Ebd., S. 130-131; Albertin (1980): Linkliberalismus, 12.6.1930: Sitzung des Vorstands, S. 131-132.

118 Albertin, (1980): Linkliberalismus, 10.6.1920: Sitzung des Vorstands, S. 130.

der Wahlberechtigten – nie wieder die Stimmanzahl von 1919. Ein Teil ihrer ehemaligen Wählerschaft hatte sich auf die Frage »Wie wählen wir am besten?« gerade gegen diese Stabilitäts-Regierungspolitik entschieden; offen bleibt allerdings, ob sie bei einer anderen Politik der SPD treu geblieben wäre.¹¹⁹

119 Vgl. Büttner, Ursula: Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1982, S. 27-29 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band XVI); dies.: »Vertretung von Arbeiterinteressen im Volksstaat. Die Probleme der Hamburger SPD mit der Regierungsverantwortung in der Weimarer Republik«, in: Lohalm, Uwe (Hg.): Arbeiterpartei und Großstadtpolitik. Zum Wandel der SPD in Hamburg im 20. Jahrhundert, Hamburg 1996, S. 23-24.